

„Wir packen mit an, Ordnung zu schaffen“

Die Berliner Polizei in der „Stunde Null“

Jochen Staadt

In zeitgeschichtlichen Darstellungen der Spaltung Berlins verschwinden die politischen Grundsatzkontroversen der ersten Nachkriegsjahre meist hinter der Chiffre des „Kalten Krieges“. Im Rahmen des Forschungsprojektes über die Maßnahmen des MfS gegen die West-Berliner Polizei wurden auch diverse Überlieferungen zur Vorgeschichte der Bildung von zwei Polizeiorganisationen im Berlin der Nachkriegszeit ausgewertet. Dabei trat zutage, daß in der Fachliteratur die Gründe und Inhalte jener Konfliktkonstellation erheblich unterbewertet sind, die 1948 zur Spaltung der städtischen Institutionen Berlins führten. Die Motive der politischen Akteure auf der deutschen Seite werden häufig einer angeblich rasch erfolgten Einordnung in die durch weltpolitische Rahmenbedingungen vorgegebene Lagerbildung untergeordnet.¹ Eine weitgehende organisatorisch und machtpolitisch abgesicherte Interessenkongruenz existierte 1945 indes nur zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und den deutschen Kommunisten. Die institutionelle Konfliktgeschichte im Berlin der ersten Nachkriegsjahre lief freilich wesentlich komplizierter ab, als sie in Darstellungen aufscheint, die das damalige Geschehen den vereinfachenden Verallgemeinerungen des Kalten-Krieges-Schemas unterwirft.

Insbesondere die Auseinandersetzungen, die sich zwischen den politischen Parteien im bis 1990 letzten freigewählten Stadtparlament von Berlin zwischen Oktober 1946 und Juli 1948 abgespielt haben, zeigen jedoch, wie bereits vor der scharfen Konturierung des „Kalten Krieges“ für Berlin die Würfel im Streit um die politische Zukunft gefallen waren. Der institutionellen Verortung der Berliner Polizei kam im Verlauf der Auseinandersetzung um die städtische Selbstverwaltung der Stadt herausragende, in vielerlei Hinsicht sogar das öffentliche Bewußtsein prägende Bedeutung zu. Eine Rekapitulation der Kontroversen bis zur Verwaltungsteilung Berlins in Ost und West zeigt auf dem heute gegebenen Kenntnisstand der konkreten Konfliktverläufe, daß zunächst nicht vorrangig weltpolitisch abgeleitete Lagerkonstellationen den Zündstoff für Mißtrauen und institutionelle Grabenkämpfe lieferten, sondern unterschiedliche Vorstellungen über die politische Ordnung im „neuen Deutschland“.

Der Ursprung des schließlich unversöhnlichen Streits lag anfangs nicht im manifesten Bekenntnis zu einem weltpolitischen Lager, sondern primär in den unterschiedlichen Vorstellungen über die gesellschaftspolitischen Ziele des Wiederaufbaus. Bereits bevor sich die Konturen der neuen Weltnachkriegsordnung deutlich herausgeschält hatten, sahen sich die Frauen und Männer, die für den Neuanfang im kriegszerstörten Berlin Verantwortung übernahmen, mit grundlegenden Richtungsentscheidungen für das neue Gemeinwesen konfrontiert. Entscheidende Anstöße zur Sezession ergaben sich aus daraus abgeleiteten handlungsbestimmenden Erwägungen der politischen Akteure in den Berliner Parteien.

Viele Tatsachen, die für damaligen Zeitgenossen von erheblichem Belang für ihr politisches Handeln und entsprechende Grundsatzentscheidungen waren, wurden in späteren Propagandaschlachten des Kalten Krieges durch rückwärtsgewandte Umdeutungen überlagert oder blieben wegen der Geheimhaltung des DDR-Archivgutes für die historische

1 Steinborn, Norbert; Krüger, Hilmar: Die Berliner Polizei 1945–1992. Von der Militärreserve im kalten Krieg auf dem Weg zur bürgernahen Polizei? Berlin 1993, S. 57.

Forschung und ihre Untersuchungen zum Thema „Spaltung der Berliner Polizei“ unzugänglich.² Einige diesem Umstand geschuldete Fehlinterpretationen müssen infolge der nun gegebenen Zugriffsmöglichkeiten auf die Überlieferungen der streitbeteiligten Seiten korrigiert werden. Verschiedene Bewertungen des damaligen Geschehens bedürfen einer kritischen Prüfung, manche scheinbar fundierte Geschichtsdeutung verliert an Evidenz und Geltungskraft. Das gilt auch im Hinblick auf die Berliner Polizeigeschichte der Nachkriegszeit.

Die politischen Akteure, die damals in der Berliner Stadtverwaltung darüber stritten, welche Rolle die Polizei in dem künftigen Gemeinwesen der Stadt spielen sollte, rekurrerten fast ausnahmslos auf persönliche Erfahrungshintergründe aus der Weimarer Republik. Unstrittig war für sie, ganz gleich welcher der neuzugelassenen Parteien sie auch angehörten, daß es einen Neuanfang ohne nationalsozialistisch belastete Polizeibeamte geben müsse. Strittig aber war von Anfang an, ob die neue Ordnung an die freiheitlichen Traditionen und Werte der 1933 zerstörten demokratischen Republik anknüpfen oder ob sie sich auf eine sozialistische Zukunft nach dem Vorbild des sowjetischen Gesellschaftsmodells ausrichten sollte. Dieser Zielkonflikt konditionierte vom Neuanfang im Mai 1945 bis zur institutionellen Spaltung im Jahr 1948 auch die personellen und konzeptionellen Auseinandersetzungen in der Berliner Polizei.

Der personelle Neubeginn unter kommunistischer Dominanz

Schon Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte am 7. und 8. Mai 1945 stand fest, wer der künftige Polizeipräsident der Hauptstadt Berlin sein würde. Am 6. Februar 1945 beauftragte Georgi Dimitroff, stellvertretender Leiter der Abteilung Internationale Information im Zentralkomitee der KPdSU, den Chef der Moskauer KPD-Führung Wilhelm Pieck mit der Auswahl deutscher Funktionäre, die nach Kriegsende in den von der Roten Armee besetzten Gebieten des Deutschen Reiches zum Einsatz kommen sollten.³ Der infragekommende Personenkreis bestand aus zuverlässigen KPD-Mitgliedern, die im sowjetischen Exil den Krieg und die stalinistischen Säuberungen überstanden hatten, sowie aus umgeschulten Wehrmachtsgefangenen, die durch aktive Mitarbeit im Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) ausgewiesen waren.

Seit Mai 1942 konnten sich kooperationswillige deutsche Kriegsgefangene in den dafür eingerichteten Umerziehungsschulen der Roten Armee die sowjetische Weltanschauung aneignen. Die erste Umerziehungsschule befand sich zunächst in einem Kriegsgefangenenlager nahe Oranski und ab 1943 in Krasnogorsk bei Moskau. Eine zweite Schule nahm im gleichen Jahr in Juscha bei Iwanowa ihre Arbeit auf. Gelehrt wurden in den Kriegsgefangenschulen die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Geschichte der russischen Revolution und der UdSSR sowie die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Die Agitationsarbeit unter deutschen Kriegsgefangenen stand seit 1942 unter der Leitung von Walter Ulbricht. Die Mitglieder der Moskauer KPD-Führung Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Walter Ulbricht hielten regelmäßig Vorträge in den „Antifaschulen“ und diskutierten intensiv mit den Kursteilnehmern. Seit

2 Die einschlägige Volkspolizeigeschichtsschreibung der DDR, der das in dieser Studie ausgewertete Archivgut zugänglich war, sah es ohnehin nicht als ihre Aufgabe an, die historischen Quellen sprechen zu lassen. Vgl. exemplarisch hierzu Ministerium des Inneren, Kommission zur Erforschung und Ausarbeitung der Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Redaktion Friedrich Dickel (Leiter) u. a.: *Geschichte der Deutschen Volkspolizei*. Bd. I u. II, Berlin 1987.

3 Georgi Dimitroff war nach Auflösung der Kommunistischen Internationale im Jahr 1943 im Apparat des Zentralkomitees der KPdSU für die Anleitung von Kommunistischen Parteien im Ausland zuständig.



Abb. 1: Stehend: Oberbürgermeister Arthur Werner, links von ihm sein Stellvertreter Karl Maron (KPD), rechts Stadtrat Arthur Pieck (KPD). Urheber unbekannt.

Mitte 1944 gehörten auch die Pläne der KPD-Führung für die Zukunft Deutschlands nach Hitler zum Lehrprogramm der kooperationswilligen Kriegsgefangenen.⁴

Einer dieser Kriegsgefangenen, Hauptmann Paul Markgraf, muß dem kommunistischen Lehrpersonal als besonders gelehriger Schüler aufgefallen sein. Der gebürtige Berliner, Jahrgang 1910, entstammte einer Angestelltenfamilie. Nach einer Bäckerlehre war er 1931 als Berufssoldat in die Reichswehr aufgenommen worden. Dort absolvierte er zunächst eine Unteroffizierslaufbahn. Im Zweiten Weltkrieg diente er als Offizier und erhielt als Hauptmann der motorisierten Panzerjäger 1943 das Ritterkreuz für besondere Tapferkeit. Der *Völkische Bobachter* würdigte Markgraf anlässlich dieser Tapferkeitsauszeichnung namentlich. „Der Führer verlieh das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes an Oberleutnant Paul Markgraf, Führer einer Panzerjägerabteilung. Oberleutnant Paul Markgraf, am 17. Juli 1910 als Sohn des Behördenangestellten August Markgraf in Berlin geboren, griff mit seiner Panzerjägerabteilung bei dem Kampf im Raum von Stalingrad aus eigenem Entschluß eine im Vorgehen befindliche Kavallerie-Brigade an und vernichtete sie.“⁵ Wenig später geriet Markgraf bei Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft, in der er sich bald dem NKFD anschloß.

Am 30. April 1945 landete bei Kalau, Bezirk Meseritz, dem späteren polnischen Kalawa 70 km östlich von Frankfurt/Oder, eine sowjetische Militärmaschine, an Bord die Grup-

4 Vgl. hierzu Erler, Peter u. a. (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.

5 Zitiert nach LAB, C Rep. 001, Nr. 58, S. 89 f.

pe Ulbricht,⁶ bestehend aus Funktionären der KPD und zehn „antifaschistischen Kriegsgefangenen“, darunter auch Paul Markgraf. Sofort nach seiner Ankunft in Berlin begann Walter Ulbricht mit der Suche nach geeignetem Personal für die künftige deutsche Stadtverwaltung.⁷ Neben vielen anderen namentlichen Vorschlägen findet sich in den ersten Überlegungen Ulbrichts für die Berliner Verwaltung nur ein allgemeiner personalpolitischer Hinweis für die Besetzung der Polizeiführung. Man werde einen „Genossen vorschlagen, der in diesen Tagen aus dem Konzentrationslager nach Berlin kommt“.⁸ Die immer weiter ausgefeilte Personalliste Ulbrichts enthielt schließlich 77 Namen von Personen, die in Berlin auf wichtigen Verwaltungspositionen eingesetzt werden sollten. Eine erste Namensliste mit Vorschlägen zur Besetzung von wichtigen Positionen in der Berliner Stadtverwaltung übergab Walter Ulbricht am 6. Mai 1945 dem sowjetischen Stadtkommandanten Nikolai Bersarin, der in diesen Tagen als alliierter Militärkommandant zugleich die politische Verantwortung für die Stadt trug. Bersarin wickelte bei der Ernennung der Stadträte und Bürgermeister, die er zwischen dem 12. und 19. Mai vornahm, in keiner einzigen Position von Ulbrichts Vorschlagsliste ab.⁹ Parallel zur Vorbereitung der Magistratsbildung liefen auch die Sondierungen für die Besetzung der künftigen Führungspositionen im Apparat der Berliner Stadtpolizei auf Hochtouren.

Das neue Polizeipräsidium

Mit Datum vom 20. Mai 1945 ist ein detaillierter Geschäftsverteilungsplan für das Berliner Polizeipräsidium überliefert. Als Polizeipräsident wurde darin Oberst Paul Markgraf geführt, als Leiter der Präsidialabteilung Dr. Stumm, als sein Vertreter Moldenhauer. Im Arbeitsplan des Polizeipräsidiums vom 20. Mai 1945 ist die Einrichtung diverser Abteilungen zwecks „Verbindungsaufnahme mit den untergeordneten Dienststellen und Führungnahme mit der Stadtverwaltung“ im einzelnen ausgewiesen. Von der Präsidialabteilung, einem Nachrichtentechnischen Amt, der Kriminalpolizei, der Wirtschaftsabteilung, den Abteilungen II–V, (Ausländerpolizei, Einwohnermeldeamt, Verkehrs-, Feuer- und Wasserpolizei, Gewerbe- und Theaterpolizei, Gesundheits-, Veterinär-, Feld- und Forstpolizei), der Schutzpolizei bis zur Wasserschutzpolizei enthält der Arbeitsplan mehr oder weniger detaillierte Hinweise, was zu tun sei. Die detaillierten Aufgabenbeschreibungen der einzelnen Abteilungen und Einrichtungen vom Polizeipräsidenten bis zur Polizeihauptkasse füllen mehrere Seiten des Papiers. Ebenfalls enthält es detaillierte Angaben zur Besetzung der Dienststellen bis hin zur Vorzimmerdame und schließlich eine Aufstellung der Berliner Inspektionen und Polizeiabschnitte.¹⁰ Die soweit bereits festgeschriebene Konzeption belegt, daß die zuständigen Leute aus dem Stab der Roten Armee gemeinsam mit KPD-Funktionären und der Gruppe um Paul Markgraf bis zum

6 Laut Ulbrichts eigenen Moskauer Aufzeichnungen stand bald fest, daß als erste der drei KPD-Einsatzgruppen am 30. April 1945 die unter seiner Leitung stehende „Brigade“ mit Karl Maron, Fritz Erpenbeck, Hans Mahle, Walter Köppe, Richard Gyptner, Otto Winzer, Otto Fischer, Gustav Gundelach und Wolfgang (Wladimir) Leonhard nach Berlin gebracht würde.

7 Vgl. hierzu die handschriftlichen und maschinenschriftlichen Unterlagen aus dem Nachlaß Walter Ulbrichts ab 30. April 1945. SAPMO-BArch, NY 4182/851b.

8 Ulbricht, Walter: Vorschläge für die Organisation der Arbeit der Stadtverwaltungen und des Magistrats sowie der Bezirksverwaltungen, Listen fortlaufend erstellt ab 5. April 1945. SAPMO-BArch, IPA, NY 4182/851a, Nachlaß Walter Ulbricht.

9 Vgl. Werner, Arthur: Die ersten Tage des Berliner Magistrats und persönliche Erinnerungen an Herrn Generaloberst Bersarin. Undatiertes Manuskript vom Juli 1945. LAB, E Rep. 300–09, Nr. 45/1–27.

10 Der Polizeipräsident in Berlin. Arbeitsgebiete, Arbeitsplan vom 20. Mai 1945. LAB, C Rep. 303–09 Nr. 4.

20. Mai 1945 die entscheidenden Weichen für die Arbeitsaufnahme der neuen Berliner Polizeiführung gestellt hatten. Auf der unteren Ebene, in den Stadtbezirken, hatten KPD-Funktionäre sich ebenfalls dem Aufbau neuer Ordnungsstrukturen angenommen und wichtige Positionen besetzt an eigene Parteimitglieder vergeben.

Bereits am 22. Mai 1945 erteilte Markgraf als Polizeipräsident dienstliche Anweisungen an nachgeordnete Stellen. So wies er die Inspektionen an, täglich um 18 Uhr in der Präsidialabteilung (Linienstr. 83/85) per Bote die Befehle des Präsidenten entgegenzunehmen. Allen Polizeidienststellen wurde die Aufgabe übertragen, nach noch vorhandenen Waffenlagern zu suchen und die Fundstellen sofort den zuständigen russischen Behörden des Bezirks zu melden. Bis zum 26. Mai seien die Dienst- und Privatanschriften aller in den Bezirken tätigen Bezirksbürgermeister herzureichen sowie die Anschriften aller im Inspektionsbezirk befindlichen Verwaltungsstellen der Stadt Berlin zu übermitteln. Die Leiter der Inspektionen und alle Reviervorsteher hatten innerhalb von 24 Stunden ausführliche Lebensläufe einzureichen.¹¹ Das Polizeipräsidium arbeitete demzufolge schon, als Nikolai Bersarin, der Militärkommandant der Stadt Berlin, mit Befehl vom 25. Mai 1945 der Bevölkerung mitteilte, „die Stadtpolizei, das Gericht und die Staatsanwaltschaft“ seien „bereits am 20. Mai ds. Jhs. gebildet und haben ihre Arbeit begonnen“. Bersarin befahl:

„1. Dem Polizeipräsidenten des Präsidiums der Stadt Berlin, Oberst Markgraf, vom 25. Mai bis zum 1. Juni d. J. den Schutzpolizeiapparat in die Uniform einzukleiden, die bis zum Jahre 1933 im Dienstgebrauch war, und eine notwendige Zahl von Polizeiposten in der Stadt aufzustellen.

2. Der Zivilbevölkerung der Stadt Berlin, den Anforderungen der Polizei, des Gerichts und der Staatsanwaltschaft als Vertreter der städtischen Macht Folge zu leisten, und ihnen jegliche Hilfe zu erweisen.

3. Den Angehörigen der roten Armee des Standortes Berlin, der Polizei, dem Gericht und der Staatsanwaltschaft während der Durchführung der ihnen auferlegten Dienstpflichten keine Schwierigkeiten zu bereiten.“¹²

Die Frage, wer den Polizeipräsidenten, der 1943 als Hauptmann in sowjetische Kriegsgefangenschaft kam, in den Rang eines Obersten befördert hatte, führte im Rahmen der Auseinandersetzung um die politische Kontrolle der Berliner Polizei Ende 1946 in der Stadtverordnetenversammlung und in der Öffentlichkeit zu heftigen Kontroversen. Der Befehl des Stadtkommandanten über die Einsetzung Markgrafs wurde von der *Berliner Zeitung* am 27. Mai gemeinsam mit einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten veröffentlicht.¹³ Unter der Überschrift. „Wir packen mit an, Ordnung zu schaffen“, wies Markgraf auf den Standort des Polizeipräsidents hin und darauf, daß die örtlichen Polizeireviere und Polizeidienststellen „mit dem nötigen Schutz- und Kriminalpolizeipersonal“ ihre Arbeit in den bekannten Dienststellen aufgenommen hätten. Alle Gliederungen der Polizei „kennen ihre Aufgabe und werden bestrebt sein, sie als wirkliche Volkspolizei zu erfüllen. Alle Organe der Polizei werden zusammen mit der Roten Armee an der

11 Vgl. das Schreiben Markgrafs vom 22. Mai 1945 an alle Berliner Polizeiinspektionen. LAB, C Rep. 303–09, Nr. 1.

12 Bersarin, Generaloberst Kommandant der Stadt Berlin; Kuschtschow, Generalmajor, Chef des Standortstabes: Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin vom 25. Mai 1945. LAB, C Rep. 303–09, Nr. 1.

13 Die *Berliner Zeitung* erschien erstmals am 20. Mai 1945 im Auftrag des Stadtkommandanten, ab dem 20. Juni 1945 ging sie in die Verantwortung des Magistrats über und mutierte in späteren DDR-Zeiten zum Organ der SED-Bezirksleitung.

Schaffung der nötigen Ordnung in der Stadt tätig werden.“ Der neue Polizeipräsident verwandte hier erstmals die Begrifflichkeit „Volkspolizei“ wohl eher als idealtypische Zuschreibung. Gleichwohl sollte sich diese ideelle „Volkspolizei“ unter maßgeblicher Mitwirkung Markgrafs bald zu einer real existierenden Volkspolizei im Ostsektor Berlins auswachsen.

Der spätere West-Berliner Polizeipräsident Johannes Stumm schrieb über die Situation in den ersten Monate nach Kriegsende: „Die versteckt in Berlin lebenden Kommunisten, gut organisiert, verbinden sich mit den aus KZs und Gefängnissen Zurückflutenden. Sie bemächtigen sich der Gross-Berliner Verwaltung. Viele kriminelle Elemente, als politisch Verfolgte getarnt, wurden von den Kommunisten aufgenommen.“ Paul Markgraf habe viele Positionen im Polizeipräsidium „mit Berufsfremden, zum Teil Kriminellen“ besetzt.¹⁴ Im Präsidium seien sich von Anfang an „Kommunisten und Antikommunisten“ gegenübergestanden. „Ein häßliches Spitzeltum ist von den Kommunisten im Präsidium eingerichtet, und dort sitzt ein sowjetischer Verbindungsoffizier hinter eisenbeschlagener Tür als tatsächlicher Polizeileiter.“ Kritiker der kommunistischen Politik hätten einen schweren Stand gehabt, „manche verschwinden spurlos“.¹⁵

Mit Schreiben vom 28. Mai an alle Inspektionen verlangte Markgraf, daß vom 1. Juni an der Straßendienst in einheitlicher Uniformierung aufgenommen wird. Er wies darauf hin, daß die Verantwortung der Polizei eindeutig von der des Magistrats abgegrenzt sei. Es gehe nicht an, daß, wie in Charlottenburg geschehen, die Polizei sich die Zuständigkeit für die Verteilung von Lebensmittelkarten an die Bevölkerung anmaße. Die derart kritisierten Charlottenburger Polizisten waren KPD-Leute, die sich als Überlebende des inneren Widerstands den Anweisungen eines ehemaligen Wehrmachtsoffiziers nicht so ohne weiteres unterwerfen wollten. Sie reagierten äußerst ungehalten auf Markgrafs Kritik und drohten damit, ihn „einfach zu verhaften, wenn er sich noch einmal wage, nach Charlottenburg zu kommen und Forderungen zu stellen“.¹⁶ Aber nicht nur die Charlottenburger Kommunisten im Polizeiapparat bereiteten Markgraf Probleme. Auch mit den kommunistischen Bezirksbürgermeistern geriet er aneinander, weil diese sich das Recht herausnahmen, den Polizeirevieren in ihrem Bezirk Anweisungen zu erteilen. Der stellvertretende kommunistische Oberbürgermeister Berlins, Karl Maron, legte die Unterstellung der Polizei unter die Stadtverwaltung ebenfalls dahingehend aus, daß die Inspektionsleiter von den Bezirksbürgermeistern Weisungen entgegenzunehmen hätten. Der Konflikt wurde in Schriftwechseln ausgetragen, in die schließlich auch Oberbürgermeister Werner eingriff. Er vertrat die Auffassung, daß der Polizeipräsident ihm als Oberbürgermeister direkt und nicht dem Magistrat als Ganzes unterstellt sei. Markgraf erwiderte, daß im Einvernehmen mit dem zuständigen sowjetischen Berater General Sidnew die Polizei als selbständiges Organ aufgebaut worden sei und hierbei die bis 1932 bestehende Organisation der Polizei als richtunggebend angesehen wurde.

Am 30. Mai luden Major Lipinski als Vertreter des Stadtkommandanten und Karl Maron in Stellvertretung von Oberbürgermeister Werner den Polizeipräsidenten zu einer Besprechung ins Haus der Stadtverwaltung. Die Besprechung war ausdrücklich vom

14 Vgl. hierzu Kubina, Michael: Unbekannte „Aktivisten der ersten Stunde“. Dokumente zur Frühgeschichte der politischen Polizei in Berlin 1945/46, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (ZdF) 8/2000, S. 126 ff. sowie Teil II dieses Textes in ZdF Nr. 11/2002.

15 Stumm, Johannes: Der Polizeipräsident in Berlin: Die Berliner Polizei (Manuskripte zur historischen Würdigung der Anfangsjahre, verfaßt 1950 bzw. 1953). LAB, E Rep 200–25, Nr. 250.

16 Vgl. hierzu Besprechungsunterlagen Walter Ulbrichts über einzelne Berliner Bezirke vom Mai 1945. SAPMO-BArch, IPA, NY 4182/851a, Nachlaß Walter Ulbricht.

Stadtkommandanten angeordnet worden. Dort schlug der Polizeipräsidenten vor, daß die Polizei ihre „Weisungen auf polizeilichem Gebiet“ von der alliierten Regierung zu erhalten habe, da keine Landesregierung mehr wie vor 1933 existiere. Markgraf wünschte das Unterstellungsverhältnis unter die Militärkommandantur offenbar, um unter dem Schuttschirm dieser höchsten Autorität den Aufbau der Polizei von oben nach unten möglichst rasch bewerkstelligen zu können. Dagegen stand freilich das Konzept der Männer um Walter Ulbricht, die sich selbst als die entscheidende Machtgruppe in der deutschen Hauptstadt festsetzen und die Polizei als Hilfsorgan der angestrebten Neuordnung unter ihrer Kontrolle halten wollten.

Am 4. Juni 1945 teilte der Polizeipräsident allen Abteilungen, Inspektionen und Revieren mit, daß die Polizei weitgehend selbständig arbeite, aber dem Magistrat unterstellt sei. Sämtliche Abteilungen des Präsidiums, die Schutzpolizei, die Inspektionen und Reviere hätten jedoch nur nach den vom Polizeipräsidenten erteilten Weisungen zu handeln. „Eine Unterstellung der Polizei-Inspektionen und Polizeireviere unter die Amtsgewalt der Bezirksbürgermeister der einzelnen Verwaltungsbezirke ist nicht beabsichtigt, so daß künftige Weisungen dieser Amtsstellen auf polizeilichem Gebiet nicht entgegenzunehmen sind.“ Selbstverständlich würden sämtliche Ersuchen von Dienststellen der Stadtverwaltung um Rechtshilfe von der Polizei unterstützt.

Am 14. Dezember 1945 schließlich zog Karl Maron die Verantwortung für die Berliner Polizei faktisch an sich. Ein von ihm schriftlich ausformuliertes Grundsatzdokument, das Polizeipräsident Markgraf zum Zeichen seines Einverständnisses zu unterzeichnen hatte, legte die künftige institutionelle Hierarchie fest. Karl Maron war als das für die Polizei zuständige Magistratsmitglied fortan durch den polizeilichen Verbindungsoffizier Steinbeck über besondere Ereignisse täglich zu unterrichten. „Sämtliche in Zukunft ergehenden Polizeiverordnungen und polizeilichen Anordnungen sind vor der Veröffentlichung dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Berlin zur Unterschrift vorzulegen. Die Polizeiverordnungen und polizeilichen Anordnungen haben daher neben der Unterschrift des Polizeipräsidenten diejenige des Herrn Oberbürgermeister oder seines Vertreters zu tragen.“ Der entsprechende Schriftverkehr hatte über den Ersten stellvertretenden Bürgermeister Karl Maron zu erfolgen.¹⁷ Gegen diese von ihm selbst unterschriebene dienstliche Vereinbarung verstieß Markgraf ein gutes Jahr später fortlaufend und auf eklatante Weise, indem er es ablehnte, gegenüber dem im Oktober 1946 demokratisch gewählten neuen Magistrat Rechenschaft über seine Tätigkeit als Polizeipräsident der Stadt abzulegen. Mehr über diesen Konflikt, der maßgeblich zur Spaltung der Berliner Polizei im Jahr 1948 beitrug, weiter unten.

KPD-Funktionäre in der Berliner Polizei

Wer war dieser zweite aber mächtigste Mann im Berliner Magistrat, dem die Polizei faktisch unterstand? Seinen eigenen Angaben in der SED-Funktionärsakte ist folgende Biographie zu entnehmen: Karl Maron, geboren 1903 in Berlin-Charlottenburg, seit 1919 in der Arbeitersportbewegung aktiv. KPD-Mitglied seit 1926, Vater Kutscher, Mutter Arbeiterin. Als gelernter Maschinenschlosser, wurde Maron in die KPD-Betriebszelle Wernerwerk I SSW aufgenommen. Seit 1929 war er arbeitslos, die Entlassung erfolgte wegen seiner Teilnahme an den Weddinger Ausschreitungen während der 1.-Mai-Demonstration. Maron der als Ringer und Leichtathlet aktiv war, wurde 1932 Vorsitzender

¹⁷ Vgl. Markgraf, Paul, Polizeipräsident: Besprechung mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Werner, seinem ersten Stellvertreter Herrn Maron und Major Lipintzki und dem folgende Verwaltungsdokumente zur Klärung der Kompetenzstreitigkeiten. LAB, C Rep. 303–09, Nr. 1.

des Arbeiter-Sportvereins Fichte (ASV). Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten blieb Maron noch über ein Jahr im Land und beteiligte sich an der illegalen Arbeit seiner Partei. Auf deren Weisung emigrierte er 1934 nach Kopenhagen und 1935 nach Moskau. Dort war er zunächst Verbindungsmann der Roten-Sport-Internationale (RSI) zum Obersten Rat für Körperkultur der Sowjetunion und zum EKKI, Redakteur eines Pressedienstes, 1936 betrieb er „Propaganda gegen die Hitler-Olympiade“, nach Auflösung der RSI 1937 wurde er Mitarbeiter der Presseabteilung der Komintern als Redakteur für deren deutschsprachiges Bulletin. 1938 arbeitete er als stellvertretender Leiter der Telegrafagentur SU-Presse, 1942 war er Redakteur am Deutschen Volkssender unter Leitung von Anton Ackermann, ab Juli 1942 stellvertretender Chefredakteur der Zeitung *Freies Deutschland*, die vom NKFD herausgegeben wurde. Ab Mitte 1944 übernahm er wegen der Erkrankung Rudolf Herrnstadts die „alleinige verantwortliche Leitung der Zeitung“. Ende April 1945 kehrte er nach Berlin zurück und organisierte den Aufbau der Verwaltung „im Zuge der Befreiung der einzelnen Bezirke Berlins durch die Rote Armee“. Am 17. Mai 1945 erfolgte seine Ernennung zum Ersten stellvertretenden Oberbürgermeister. Am 20. Oktober 1946 wurde er Vorsitzender der SED-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und Mitglied des SED-Landesvorstandes, ab dem 30. November 1948 war er als Stadtrat für Wirtschaft im Ost-Berliner Magistrat tätig. Von 1950 bis 1963 war er Chef der Deutschen Volkspolizei, von 1955 bis 1963 Minister des Inneren. Von 1954 bis 1974 saß er im Zentralkomitee der SED.¹⁸

Über die kommunistischen Funktionäre, die in den ersten Jahren nach der Niederschlagung des NS-Regimes bei der Berliner Polizei zum Dienst antraten, ist wenig bekannt. Einige exemplarische Biographien von solchen „alten Kämpfern“ sind in den Überlieferungen der Politabteilung des Ost-Berliner Polizeipräsidiums erhalten geblieben. Nach einer Anweisung der Politabteilung vom 10. Dezember 1958 reichten nachgeordnete Dienststellen Kurzbiographien verdienter Kommunisten im Volkspolizeidienst ein. Oberst Helas von der Politabteilung des Polizeipräsidiums ließ nach diesen „Veteranen“ suchen, weil sie einmal im Monat „in den Bereitschaften unseren jungen Volkspolizeiangehörigen“ aus ihrem „kampfreichen Leben für den Aufbau des Sozialismus“ berichteten. Im folgenden einige Kurzbiographien dieser kommunistischen Polizisten:

Leutnant der Volkspolizei Müller, Jahrgang 1896, stammte aus einer SPD-Familie. 1913 Soldat beim 1. Ulanen-Regiment in Fürstenwalde, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 als Gefreiter demobilisiert. Gemeinsam mit seiner Frau trat Müller am 1. Mai 1919 der KPD bei. Sie seien, heißt es in der Kurzbiographie, von 1920 bis 1933 „mit unserer Partei bei allen Kämpfen durch Dick und Dünn“ gegangen. Er wurde 1933 von der SA festgenommen und in der Judenstraße schwer mißhandelt. Arbeitete danach illegal weiter. 1939 zur Pferdesammelstelle nach Mariendorf eingezogen. Wegen Meuterei in U-Haft aus der Wehrmacht ausgestoßen. 1945 Volkssturm, bei erster Gelegenheit zur Roten Armee übergelaufen, „ohne einen Schuß auf unsere Freunde abgegeben zu haben“. Bis August 1945 Gefangenschaft in Hoyerswerda, dort Lagerleitung, danach Rückkehr nach Berlin. „Im Auftrag meiner Partei meldete ich mich bei der Volkspolizei und wurde deren Kämpfer im Dezember 1945 auf dem Revier 51 am Wedding.“ Als Revierobmann habe er danach auch in den Revieren 52 und 53 gedient. „Bei der Spaltung Berlins durch die Westmächte wurde ich mit vielen hundert anderen guten Kämpfern als untragbar aus dem Dienst der Polizei entlassen, worauf ich mich sofort der Volkspolizei im demokratischen Sektor zur Verfügung stellte.“ Er habe zunächst noch im französischen Sektor gewohnt, sei von der Besatzungsmacht festgenommen worden aber nach Einspruch des

18 Karl Maron (1903–1974), SED-Kaderakte. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/ v. 1946.

Präsidenten der Volkspolizei „und unserer Freunde wieder befreit“ worden. Er zog danach in den Ost-Sektor und bekam eine Stelle in der Abteilung Strafvollzug. Seit 1953 arbeitete Müller als Abschnittsbevollmächtigter (ABV) der Volkspolizei. „Ich bin jetzt im 63. Lebensjahr und gedenke noch recht lange für meine Partei und Regierung Dienst versehen zu können. Durch Kampf zum Sieg!“

Paul Hofmann, Unterleutnant, Jahrgang 1902, nahm 1918 als Dreherlehrling an Streiks und Demonstrationen teil. Er war auch an der Abwehr des Kapp-Putsches beteiligt. An den Märzkämpfen 1920 nahm er „bewaffnet in der Roten Garde“ teil und „war beteiligt an der Entwaffnung der Bürgerwehr in Friedrichshagen und Köpenick“. Er war Betriebsrat und seit Januar 1932 Mitglied der KPD. „Obwohl in der ‚Köpenicker Blutwoche‘ 1933 und auch 1943 mehrere Male von den Nazis festgenommen, nahm er immer wieder an verschiedenen illegalen Aktionen gegen den Faschismus teil.“ 1948 trat er nach dem Aufruf der Partei als 26-Jähriger der Volkspolizei bei und war 1958 als Unterleutnant Diensthabender auf dem VP-Revier 244.

Leutnant Süss, Jahrgang 1910, seit 1923 Mitglied im Kommunistischen Jugendverband, seit 1929 der KPD und im Rotfrontkämpferbund. Im Mai 1933 wurde er verhaftet, später saß er von 1936 bis 1940 in Moabit und Brandenburg wegen Hochverrats in Haft, 1943 kam er ins Strafbataillon 999, später in englische Gefangenschaft. 1947 kam er zur Volkspolizei, seit 1953 arbeitete er als ABV. Süss erhielt für sein Engagement gegen die NS-Diktatur die Medaille für Widerstandskämpfer von 1933–1945.

Leutnant Bütow, VP-Revier 258, berichtete von seiner Teilnahme an der Niederschlagung des Kapp-Putsches. Er gehörte seit 1923 der KPD an, seit 1927 war er Mitglied der Gauleitung des Rotfrontkämpferbundes, wo er für das Ressort „Gegner“ verantwortlich war. Er berichtete, wie er 1924, zur Zeit des KPD-Verbotest, während einer Durchsuchung vier Pistolen vor der Entdeckung gerettet habe, indem er mit einer „Genossin der KJ“, als verliebtes Pärchen getarnt, die Polizeiabsperungen passierte. „Besonders reich an Erlebnissen waren die Jahre nach 1929, als ich im illegalen Apparat der Partei in der Zersetzung Wehrmacht und Polizei tätig sein konnte.“ Er organisierte mit anderen die Verteilung von Agitationsmaterial an Polizisten. Es habe eine „ungeheure Kleinarbeit“ bedeutet, „nach Adressenmaterial von Angehörigen der Polizei“ zu suchen.

Willi Matzke, beschäftigt in der Strafvollzugsanstalt Berlin 1, KPD-Mitglied seit 1920, berichtete (ohne Jahresangabe) unter der Überschrift „Ein Kampfauftrag“, wie er und andere KPD-Leute 50 Pistolen von Berlin Lichtenberg nach Fürstenwalde/Oder geschmuggelt hatten. Sie hätten sich anlässlich des dort begangenen Traditionstages des Ulanen-Regiments als Bürger mit Frack und Zylinder getarnt und die Waffen in zwei Reisetaschen mit sich geführt. „Damals trug ich einen Bart, einen sogenannten Kaiser-Wilhelm-Bart, den ich flott nach oben gewichst hatte.“¹⁹

In den Überlieferungen des Staatssicherheitsdienstes findet sich die Kaderakte von Hans Morgenthal, der zeitweilig als stellvertretender Leiter der Abteilung IV Groß-Berlin zu jenen MfS-Offizieren gehörte, die mit der geheimen Bearbeitung der West-Berliner Polizei befaßt waren. Morgenthal, Jahrgang 1914, wurde 1948 bei der Volkspolizei eingestellt und wechselte am 26. Dezember 1949 zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Erich Mielke bestätigte durch seine Paraphe den Einstellungsvorschlag der Berliner Bezirksverwaltung. Vor 1933 gehörte Morgenthal zunächst dem Jung-Spartakus-Bund und ab 1924 dem Kommunistischen Jugendverband an. Er war als Funktionär am Aufbau

19 Volkspolizei Inspektion Köpenick, Polit-Stellvertreter; Nestler, Oberstleutnant: Beispiele bewährter Volkspolizisten im Kampf gegen den Faschismus. LAB, C Rep. 303, Nr. 94.

der „Kampfbundjugend gegen den Faschismus“ beteiligt, wurde 1932 wegen Landfriedensbruch zu einer Bewährungsstrafe von drei Monaten verurteilt. Ein weiteres Mal wurde er im Winter des gleichen Jahres wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen, aber nicht verurteilt. In der Illegalität wurde Morgenthal in die KPD aufgenommen und arbeitete mit der Gruppe Lenkheit und im Prenzlauer Berg mit Anton Saefkow zusammen. Morgenthal hat eine Elektrotechnik absolviert und zeitweilig bei Siemens gearbeitet. 1935 wurde er zweimal verhaftet und zur Hedemannstraße geschafft. Er sagte trotz schwerer Mißhandlungen nichts aus. In der Wehrmacht diente er 1941 bis 1944 (Polen, Frankreich, Rußland). Wegen Krankheit, die er simuliert haben will, wurde er 1944 als wehruntauglich entlassen. 1945 trat er sofort wieder der KPD bei und beteiligte sich an deren Aufbau. Kurzzeitig betrieb er mit seiner Frau im Auftrag der KPD als Treuhänder ein enteignetes Sportgeschäft, bevor er dann 1948 zur Volkspolizei kam. Im MfS baute er in der Verwaltung Groß-Berlin die Abteilung Aufklärung VIII mit auf, die er auch leitete. Seine Abteilung hatte Erfolge in der „operativen Arbeit“, Morgenthal selbst hielt aber mit der Entwicklung nicht Schritt. Er schaffte es laut Kaderakte nicht, die anfänglich notwendigerweise improvisierte Arbeitsweise „zu einer systematischen ernsthaften Arbeit auch mit schriftlichen Unterlagen“ weiterzuentwickeln. Er wurde zur Verbesserung seines Arbeitsstils 1955 auf die Kreispartei-schule geschickt. Nach Rückkehr von der Schule wurde Morgenthal versetzt, er übernahm die Funktion des stellvertretenden Leiters der Abt. IV. „Eine Schwäche des Genossen Morgenthal besteht darin“, heißt es in einer Kaderbeurteilung aus dieser Zeit, „daß er gerne mehr Alkohol trinkt, als dies den Umständen entsprechend notwendig ist.“ Er habe aber deswegen niemals seine dienstlichen Pflichten verletzt. Im Februar 1956 wurde Major Morgenthal von der Funktion des stellvertretenden Leiters der Abteilung IV der Verwaltung Groß-Berlin abgelöst und zur Abteilung XV als Leiter der Abteilung VIII versetzt. Nachdem er 1958 während eines Kuraufenthaltes in der Heilstätte Beelitz in alkoholisiertem Zustand mit einem anderen Patienten aneinandergeraten war und diesen zusammengeschlagen hatte, wurde Morgenthal als Invalidentner aus dem MfS entlassen. Sein letzter Vorgesetzter im MfS, Generalmajor Markus Wolf, sorgte dafür, daß kein Disziplinarverfahren gegen Morgenthal eingeleitet wurde. „Die Tatsache, daß Gen. Major Morgenthal gerne Schnaps trinkt, ist der Leitung der Hauptverwaltung A bekannt“, jedoch sei er seit eineinhalb Jahren aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv an der Arbeit in der Abteilung VIII Groß-Berlin beteiligt.²⁰

Der später wohl einflußreichste Kommunist, der als Berliner Polizist seine Nachkriegskarriere begann, war zweifelsohne Erich Mielke. Am 30. Juni 1945 ersuchte Walter Ulbricht die sowjetische Besatzungsmacht, „die Absetzung des Inspektionsleiters der Polizei im Wedding, Karlheinz Scholz,²¹ zu veranlassen, und an seine Stelle den Genossen Erich Mielke zu setzen. Dieser Vorschlag wird gemacht auf Grund einer Besprechung mit dem Bezirksbürgermeister von Wedding und dem Polizeipräsidenten Mark-

20 MfS, HA KuSch: Kaderakte Hans Morgenthal, Leiter Abt. VIII Berlin, später stellv. Leiter Abt. IV Groß Berlin. BStU, ZA, KS 131/66.

21 Vgl. zu Karl-Heinz Scholz Kubina, Michael: Unbekannte „Aktivisten der ersten Stunde“ (II). Karl-Heinz Scholz und die FKPD. In: ZdF Nr. 11/2002, S. 38 ff. Scholz, Jg. 1907, von Beruf Melker, war demnach vor der nationalsozialistischen Machtübernahme in Brandenburg an der Havel ein stadtbekannter Rabauke, der als Mitglied des Rotfrontkämpferbundes in Veranstaltungen der SPD und des Reichsbanners mehrfach Schlägereien angezettelt hatte. Er war außerdem mehrfach vorbestraft, u. a. wegen Waffenbesitzes, Diebstahl und Zuhälterei. Seine Stellung als Inspektionsleiter im Wedding nutzte er zu allerlei kriminellen Machenschaften. Deswegen mußte sich Scholz 1951 vor dem Moabiter Landgericht wegen Geständniserpressung, Körperverletzung, schwerer Freiheitsberaubung, Amtsunterschlagung und unerlaubtem Waffenbesitz verantworten.

graf. Mielke wird sich heute beim Polizeipräsidenten melden.“²² Der geborene Weddinger hätte sicher gerne dort, wo er als Jungkommunist politisch sozialisiert worden war, als Inspektionsleiter im Sinne der KPD für die neue Ordnung gesorgt. Da der Wedding aber zur vereinbarten amerikanischen Besatzungszone gehörte, war man an verantwortlicher Stelle offenbar zur Überzeugung gekommen, diesen Mann angesichts seiner Vorgeschichte dort nicht einzusetzen. Die Zusammenhänge des Polizistenmordes von 1931, an dem Mielke beteiligt war, kannte nämlich nicht nur Walter Ulbricht. Es bestand – wie sich zeigen sollte, durchaus begründet – Anlaß zur Befürchtung, daß auch andere Zeitzeugen durch sein Auftauchen an die „Bülowplatzgeschichte“ von 1931 erinnert würden. Erich Mielke sollte seinen Dienst in der Berliner Polizei deswegen unter der Schutzmacht tun, die ihn auch 1931 vor der Strafverfolgung durch die deutsche Polizei bewahrt hatte. Am 15. Juli 1945 nahm er als Inspektionsleiter in Berlin-Lichtenberg seine Polizeiarbeit auf. Schon im November 1945 schied er wieder aus dem Berliner Polizeidienst aus, um an wichtigerer Stelle in der Deutschen Verwaltung des Inneren (DVdI) für Sicherheit in der SBZ zu sorgen.²³

Polizeimajor Karl Heinrich – denunziert, verhaftet, verschwunden

In die Auseinandersetzungen um die künftige Rolle der Berliner Polizei hatte die sowjetische Geheimpolizei NKWD schon sehr früh ebenso entschieden wie rabiats eingegriffen. Ihr prominentestes Opfer wurde im August 1945 der sozialdemokratische Kommandeur der Schutzpolizei Karl Heinrich, ein alter Sozialdemokrat. Heinrich, Jahrgang 1890, hatte bis zur Entmachtung der sozialdemokratischen Regierung unter Otto Braun der preussischen Polizei angehört. In seiner Funktion als stellvertretender Inspektionsleiter „Unter den Linden“ war er für die Einhaltung der Bannmeile um den Reichstag mitverantwortlich. Joseph Goebbels beschimpfte ihn nach harten Polizeieinsätzen gegen NSDAP-Demonstrationen als „Knüppel-Heinrich“, eine Titulierung, die hernach auch in die kommunistische Propaganda Einzug hielt.²⁴ Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten organisierte Heinrich gemeinsam mit dem früheren Pressesprecher des Berliner Polizeipräsidioms, Theodor Haubach, eine sozialdemokratische Untergrundorganisation, der bald mehrere hundert Widerständler angehörten. „Ihr Ziel war es, möglichst viele ehemalige SPD- und Reichsbannermitglieder zu sammeln, um im Falle eines bald erwarteten Zusammenbruchs des NS-Regimes verantwortliche Funktionen beim Neuaufbau des politischen Lebens zu übernehmen und eine Machtergreifung der KPD zu verhindern.“²⁵ Das illegale Netzwerk wurde 1935 von der Gestapo aufgerollt und Heinrich 1937 vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung des Hochverrats unter schweren Umständen“ zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach dem Einmarsch der Roten Armee stellte sich Karl Heinrich sofort für den Neuaufbau der Berliner Polizei zur Verfügung und übernahm in Spandau die Verantwortung für das dortige Revier, am 18. Mai 1945 wurde er zum Kommandeur der neu aufzubauenden Schutzpolizei ernannt. In dieser Funktion geriet er rasch mit der kommunistischen Kaderpolitik in Konflikt, gegen die er auch die Unterstützung der Westalliierten suchte. „Völlig ungeeignetes Personal versuchte Heinrich wieder aus seinem Ver-

22 Zitiert nach Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie: Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin 2000, S. 92. Dort angegebene Quelle SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 5406.

23 Vgl. Schwan, Heribert: Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war. München 1997, S. 79 ff.

24 Vgl. Heilmann, Siegfried: Karl Heinrich und die Berliner SPD, die sowjetische Militäradministration und die SED, Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung Heft 70. Bonn 2007, S. 9.

25 Erler, Peter in seiner biographischen Skizze: Polizeimajor Karl Heinrich. NS-Gegner und Antikommunist. Berlin 2007, S. 25 f.

antwortungsbereich zu drängen.“²⁶ Er sammelte in internen Vorgängen Material über Dienstverstöße kommunistischer Polizeioffiziere. Auf Anweisung der sowjetischen Besatzungsmacht mußte Heinrich Ende Juli 1945 seinen Wohnsitz von Berlin-Spandau nach Berlin-Köpenick in den sowjetischen Sektor verlegen. Am Vormittag des 2. August 1945 nahm Karl Heinrich auf Einladung von Polizeipräsident Markgraf an einer Besprechung mit leitenden Mitarbeitern des Präsidiums teil. Während der Besprechung im Büro des Polizeipräsidenten erschien ein Offizier des NKWD und forderte Heinrich auf, ihm zu einer Befragung im benachbarten NKWD-Büro zu folgen. Dort wurde Heinrich unter dem Vorwurf des verbotenen Waffenbesitzes verhört – in seinem Besitz befand sich tatsächlich eine Pistole. In weiteren Vernehmungen wurde Heinrich, gestützt auf Aussagen von KPD-Funktionären, vorgeworfen, er sei am Einschreiten der Berliner Polizei gegen die verbotenen kommunistischen Maidemonstrationen 1929 in Berlin-Wedding beteiligt gewesen, in deren Verlauf über dreißig Demonstranten und Anwohner durch den Schußwaffeneinsatz der Polizei zu Tode kamen. Karl Heinrich kam nach Willkürverhören in zwei „GPU-Kellern“ in das sowjetische Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen. Dort erkrankte der noch von den Folgen der NS-Lagerhaft geschwächte 55-Jährige schwer und starb am 3. November 1945. Sein Leichnam wurde in der Nähe des Speziallagers in einem anonymen Massengrab verscharrt. Weder seine Ehefrau noch die SPD, und auch die Westalliierten erhielten auf ihre Auskunftersuchen von der sowjetischen Besatzungsmacht keine wahrheitsgemäßen Antworten über den Verbleib des Polizeimajors. Auf Nachfrage der westlichen Alliierten erklärte der sowjetische Vertreter im alliierten Public Safety Committee sechs Monate nach Heinrichs Tod, dieser sei wegen der von ihm begangenen Verstöße in ein Straflager eingewiesen worden. Drei Jahre nach seinem Verschwinden gelangten durch einen entlassenen Mithäftling erste Hinweise auf Heinrichs tatsächliches Schicksal nach West-Berlin. Die Todesumstände und das genaue Todesdatum konnten aber erst nach dem Ende der Sowjetunion von Peter Erler aufgeklärt werden. Im Mai 1996 rehabilitierte die russische Generalstaatsanwaltschaft auf Erlers Antrag Karl Heinrich als Opfer politischer Verfolgung.²⁷

Entnazifizierung und die neue Ordnung

Polizeipräsident Paul Markgraf ordnete am 29. Mai 1945 an, daß zur Unterstützung der Inspektionsleiter und der Reviervorsteher die Weiterverwendung von ehemaligen Beamten, die „bis zum Zusammenbruch“ tätig waren, zugestanden werde. Die Auswahl müsse unter fachlichen Gesichtspunkten geschehen und bis zum 10. Juni 1945 dem Präsidium gemeldet werden. Für die Verwendung in den Kriminaldienststellen kämen ehemalige Beamte jedoch nicht in Betracht. Durch Fühlungnahme mit Gärtnereibetrieben sollten die Reviervorsteher dafür sorgen, daß die Grabstätten von Soldaten der Roten Armee, der Wehrmacht und des Volkssturms „einen würdigen Schmuck erhalten und sich in gepflegtem Zustand befinden“. Schließlich ordnete Markgraf an, daß gegen Gerüchte und Falschmeldungen vorzugehen sei, die von Nationalsozialisten über den Anmarsch einer Kosakenarmee oder einer polnischen Armee verbreitet würden, „deren Angehörige angeblich ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, unsere Frauen zu vergewaltigen“. Wer solche Gerüchte verbreite, sei „unverzüglich festzunehmen und der Bestrafung zuzuführen“.²⁸ Angesichts der damaligen Berliner Verhältnisse in diesem Zusammenhang von „Gerüchten“ zu sprechen, war schon ein starkes Stück. Doch dazu weiter unten.

26 Vgl. Erler: Karl Heinrich, S. 62 ff.

27 Vgl. ebd., S. 105.

28 Markgraf, Paul: Der Polizeipräsident in Berlin: Mitteilung an die Reviere vom 29. Mai 1945. LAB, C Rep 303–09, Nr. 1.

Über den Gang der „Denazifizierung“ in der Berliner Polizei geben eine ganze Reihe von Unterlagen Auskunft, die über die Zeit bis zur Spaltung der Polizei im Jahr 1948 erhalten geblieben sind. Die Alliierte Kommandantur wies in ihrem Kommuniqué Nr. 9 vom 6. September 1945 den Oberbürgermeister an, eine statistische Erfassung der in Berlin ankommenden Flüchtlinge vorzunehmen, sowie sämtliche in Berlin befindlichen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie sämtliche Offiziere der deutschen Streitkräfte zu erfassen. Im Oktober 1945 erweiterte die Alliierte Kommandantur diese Anweisung auf alle Angehörigen der deutschen Streitkräfte. Gleichzeitig wurden dem Oberbürgermeister und der Polizei strenge Anweisungen zur Bekämpfung von Prostitution und Geschlechtskrankheiten erteilt. Aus einer am 27. September 1945 den Alliierten übergebenen Aufstellung der bei den Berliner Polizeidienststellen registrierten Personen gehen folgende Zahlen hervor: 84 468 NSDAP-Mitglieder, 5 590 SA, 4 027 HJ, 6 177 BDM, 2 154 NSKK, 434 SS, 47 SD, 362 Waffen-SS, 54 Gestapo, 4 742 Offiziere.²⁹ Diese Zahlen weisen darauf hin, daß sich viele Mitglieder der NSDAP und ihrer Untergliederungen der angeordneten Registrierungen entzogen haben. Genaue Zahlen über die aus den Institutionen der Stadt entfernten ehemaligen NSDAP-Leute legte Arthur Pieck anlässlich des halbjährigen Bestehens der Nachkriegsverwaltung vor. Sein Arbeitsbericht wurde wie auch entsprechende Rechenschaftslegungen der anderen Magistratsressorts Anfang November 1945 an den stellvertretenden Bürgermeister Karl Maron übermittelt, um in eine Broschüre „Ein halbes Jahr Magistrat“ aufgenommen zu werden. Er diente auch zur Vorbereitung der gleichnamigen Feierlichkeit im Rathaus. Laut Piecks Bericht wurden vom 9. Juni bis 9. Juli 1945 insgesamt 15 795 Mitglieder der NSDAP aus dem „öffentlichen Dienst“ entlassen, bis zum 23. Juni sei „die Säuberungsaktion im Großen und Ganzen abgeschlossen“ worden, 25 740 ehemalige NSDAP-Mitglieder waren entlassen worden. Eingestellt wurden auf ihre Stellen „Antifaschisten und gemäßigte frühere Beamte“.³⁰

Am 1. Februar 1946 teilte Oberbürgermeister Dr. Werner allen Stadträten mit, daß der Direktor der amerikanischen Militärregierung Oberst Howley eine Ausarbeitung über die künftige Entwicklung Berlins angeordnet habe. „Die Ausarbeitung soll eine vergleichende Gegenüberstellung der früheren verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen sozialen usw. Struktur Berlins mit dem entsprechenden Zukunftsbild bieten. Es sollen für die Vergangenheit auch möglichst genaue statistische Angaben gemacht werden. Dabei soll die aus der veränderten Struktur Berlins infolge des Zusammenbruchs des Reiches resultierende Umschichtung aller Verhältnisse beleuchtet und die voraussichtliche Zukunftstendenz der Entwicklung herausgearbeitet werden.“ Oberst Howley arbeite selbst an einer eigenen Untersuchung zu diesen Themen und wolle dazu die Ergebnisse der Ausarbeitungen aus den einzelnen Verwaltungsbereichen heranziehen. Am 4. Februar 1946 erläuterte Dr. Stumm auf einer Abteilungsleiterbesprechung, „worum es sich bei der von Oberst Howley befohlenen Ausarbeitung handele“, und forderte dazu auf, die „tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse bei der Berliner Polizei vor 1945 sowie nach dem Einmarsch der Roten Armee darzulegen“. Die Ausarbeitung der Abteilungsleiter sollte bis zum 7. Februar, also zwei Tage später vorliegen.

29 Die erwähnten Anweisungen der Alliierte Kommandantur zur Registrierung von NSDAP-Mitgliedern und ehemaligen Angehöriger der deutschen Streitkräfte finden sich unter LAB, C Rep. 303–09, Nr. 59.

30 Pieck, Arthur: Magistrat, Abteilung für Personalfragen und Verwaltung: Arbeitsbericht für die Zeit vom 19. Juni bis zum 19. November 1945. SAPMO-BArch, NY 4130/79.

Die Akte enthält im folgenden mehr oder weniger ausführliche Darstellungen der einzelnen Polizeiabteilungen, die an Stumm geleitet wurden. Moldenhauer berichtete über das Einwohnermeldewesen recht knapp, der Leiter der Personalabteilung schrieb ausführlich. Über die höheren Beamten in der Polizei der Kaiserzeit heißt es: „Dieses Beamtentum war schon auf Grund seiner geschilderten Entwicklung (z. T. Abstieg aus militärischen Eliten) und Erziehung von vorneherein ein Sammelbecken reaktionärer und an sich volksfremder Elemente, Menschen, die es innerlich ablehnten, sich irgendwie dem Volk verbunden zu fühlen, sondern sich im Gegenteil als etwas betrachteten, das lediglich zur Kontrolle und Niederhaltung jeder ‚unvorschriftsmäßigen‘ als freien und neuzeitlichen Regung innerhalb der Volksmassen bestimmt war.“ Diese Beamtenschaft sei nach dem Sturz der Monarchie fast unkontrolliert in den neuen Staatsapparat übernommen worden. Diese Beamten mit ihrer „stockreaktionären Gesinnung“ hätten alle Gutwilligen innerhalb der Polizei behindert und in ihrem Einfluß eingeschränkt. Hitler habe nach 1933 „das deutsche Beamtentum und vor allem die Polizei“ deswegen recht bald zu einem „brauchbaren Werkzeug“ des Regimes machen können. Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seien dann die Republikaner aus dem Polizeiapparat „herausgesäubert“ worden, viele mit einer „ehrlichen republikanischen Gesinnung“ seien auch im Konzentrationslager gelandet. Dennoch hätten sich viele Beamte dem gewünschten Eintritt in die NSDAP entzogen. Die uniformierte Polizei sei durch die SS sehr stark in deren Geschäfte verstrickt worden. Bei der Kriminalpolizei seien regimetreue Personen auf wichtige Positionen befördert und für den politischen Bereich die Gestapo geschaffen worden, als deren Handlanger die Kripo faktisch zu fungieren hatte. Ein alter Fachmann habe deswegen die Kripo „als ein etwas schwächliches Geschwisterkind der Gestapo“ bezeichnet. Die Verwaltungspolizei sei am wenigsten vom NS-Regime durchgesetzt worden. Hier seien viele alte Fachleute im Dienst verblieben, ohne NSDAP-Mitglieder zu werden.

In der Endphase des Krieges sei der größte Teil der uniformierten Polizei „vollkommen militarisiert“ worden und in den Kämpfen zum Einsatz gekommen. Auch größere Teile der Verwaltungspolizei seien in die Kampfhandlungen einbezogen worden. Bei der Kripo sei dies wegen des Alters der Beamten vielfach nicht möglich gewesen. Für die „Neuschaffung deutscher polizeilicher Sicherheitsorgane“ habe man auf „alle aufbauwilligen“ Kräfte zurückgreifen müssen. Es hätten sich in dieser Zeit jedoch auch zweifelhafte Elemente in die Polizei eingeschlichen. Für die Schlüsselstellen der Polizei in Berlin aber hätten nur Personen Verwendung gefunden, die nach Paragraph 4 entlassen worden waren oder aufgrund ihrer politischen Vergangenheit oder ihres guten „bürgerlichen Leumundes für die richtige Besetzung solcher Stellen eine Gewähr bieten konnten“. Nach der ersten Stabilisierung des Polizeiapparates sei festgelegt worden, daß NSDAP-Mitglieder oder Angehörige von deren Untergliederungen nicht einzustellen waren. Das Verschweigen der NSDAP-Mitgliedschaft oder krimineller Vorstrafen habe zur sofortigen Entlassung geführt. Nach einiger Zeit sei es gelungen, die Polizei wieder „von einer Anzahl von Elementen zu säubern, die sich im Trubel der ersten Ereignisse in die Polizei eingeschlichen hatten“. Zur Ausbildung neuer Kräfte seien zunächst zwei Polizeischulen errichtet worden, in denen aktuell 400 bis 450 Polizeianwärter in vierwöchigen Kursen geschult würden. Die neue Polizei müsse „auf der Basis einer gesunden, sauberen und kämpferischen Demokratie ihren Zweck erfüllen“, sie solle „ein Freund und Schützer der Sicherheit und der bürgerlichen Rechte aller und nicht der gefürchtete Büttel irgendeines Regimes“ sein. Es solle „keine Uniform- und Soldatenspielerei, kein Liebäugeln mit irgendwelchem militaristischen Problem“ mehr geben. „Feldwebelton“

und „Buchstabenreiterei“ sollten „im neuen Deutschland und im Bilde der neuen Polizei keinen Platz“ haben.

Auch für die Schutzpolizei galt laut dem Bericht vom 7. Februar 1946 als Einstellungsvoraussetzung eine „unbedingte politische Zuverlässigkeit im antifaschistisch-demokratischen Sinne“, die frühere Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Nebenorganisationen galt als Ausschließungsgrund, ebenso die „nachweisbare aktive Unterstützung des Nationalsozialismus, auch wenn der Bewerber kein Parteimitglied war“. Bis 1933 gehörten zur Schutzpolizei 16 000 Mann, aktuell betrage die Stärke 10 615 Mann. Die zwanzig Polizeiinspektionen seien in 172 Polizeireviere unterteilt.

Über die Kriminalpolizei finden sich ähnliche Einschätzungen wie oben: „Nach dem 30. Januar 1933 wurden die noch vorhandenen demokratisch oder gar sozialistisch orientierten Beamten alsbald aus ihren Ämtern entfernt. Der Ersatz wurde aus der SS gestellt.“ Der Schwerpunkt der Tätigkeit sei auf Stapo und Gestapo verlagert worden. Trotzdem sei die Kriminalität bis in die letzten Kriegstage nicht angewachsen. Nach 1945 seien, „um von Anfang an eine Volkspolizei zu errichten“, Bewerber aus Arbeiter-, Handwerker- und Angestelltenkreisen, die eine „antifaschistische Einstellung bekundeten, mit der Funktion der Kriminalbeamten betraut“ worden. Eine Wiedereinstellung von Beamten, „welche einem Hitler oder Himmler gedient haben, ist weder aus fachlichen noch aus Schulungsgründen notwendig“.³¹

Auf Anfrage des britischen Verbindungsoffiziers Oberst Holmes teilte Schutzpolizeikommandeur Kanig Anfang 1946 mit, daß jeder Bewerber bei der Schutzpolizei auf seine Mitgliedschaft in der NSDAP überprüft worden sei. Gegenwärtig gebe es keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder in den Reihen der Schutzpolizei. Sollte sich herausstellen, daß Bewerber diesbezüglich falsche Angaben gemacht hätten, würde ein Verfahren zur Entfernung aus dem Dienst eingeleitet. Am 26. Februar 1946 befahl die Alliierte Kommandantur mit Anordnung Nr. 101 die Einrichtung von Entnazifizierungskommissionen zur „Reinigung der Verwaltung, der öffentlichen und privaten Betriebe von aktiven Nationalsozialisten“. Dafür wurden eine Kommission beim Magistrat, Abteilung für Personalfragen, und entsprechende Kommissionen in den Bezirksverwaltungen gebildet. Bis zum 15. März 1946 sollte jedes öffentliche oder private Unternehmen dem Magistrat eine Liste in vierfacher Ausfertigung mit denjenigen Personen einreichen, die seit dem 30. April 1945 wegen ihrer NS-Vergangenheit entlassen wurden. Nominelle NSDAP-Mitglieder dürften in ihren Positionen verbleiben, wobei unter nomineller Mitgliedschaft auf einen Eintritt nach 1937 verwiesen wurde. Polizeipräsident Markgraf widersprach am 11. März 1946 einer Alliierten Anordnung, wonach auch alle Polizeioffiziere oberhalb des Leutnantenranges zu entlassen seien. Er führte an, daß zahlreiche Polizeioffiziere in der NS-Zeit nicht befördert wurden, weil sie nicht der NSDAP beitraten. Diese „Antifaschisten“ in höheren Rängen zu entlassen, sei undemokratisch und führe für die Arbeit der Berliner Polizei zu schädlichen Konsequenzen. Ihre Entlassung wäre ein Rückschlag für den Aufbau der Berliner Volkspolizei. Handschriftlich wurde „Volks“ durchgestrichen und durch ein „P“ ersetzt.³²

31 Der Polizeipräsident in Berlin: Mitteilung vom 1. Februar 1946 über Befehl von Oberst Howley betr. Ausarbeitung über die zukünftige Entwicklung Berlins und dazu eingereichte Ausarbeitungen der Polizeiabteilungen. LAB, C Rep: 303-09, Nr. 1.

32 Kanig, Kommando der Schutzpolizei: Betr. Denazifizierung. Schreiben vom 29. Februar 1946 an den Polizeipräsidenten. LAB, C Rep: 303-09, Nr. 58.

Die Ursprünge der Polizeispaltung – demokratische oder zentralistische Kontrolle

In der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin befand sich 1946 der Aufbau einer kommunistisch dominierten „Volkspolizei“ in vollem Gang. Bereits im September 1945 sprach man intern von der „Deutschen Volkspolizei“. So berichtete die Polizeiinspektion Pankow am 24. September 1945 von einer „ersten geschlossenen Zusammenkunft mit dem Militärkommandanten-Pankow und den Angehörigen der Deutschen Volkspolizei-Pankow“. Im Verlauf dieses Treffens vereinbarte die „Volkspolizei-Pankow“ gemeinsame Streifengänge mit Soldaten der Roten Armee sowie eine bessere Ausrüstung der deutschen Polizisten. Beklagt wurde vor allem ihre fehlende Bewaffnung, die sie gegenüber bewaffneten Felddieben hilflos machte.³³ Zunächst sollte die Polizei in Pankow aber nur mit Gummiknüppeln ausgerüstet werden. Am 6. November 1945 ordnete der Alliierte Kontrollrat mit seiner Direktive Nr. 16 die „Bewaffnung der deutschen Polizei“ an. Um „sich an der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung tatkräftig beteiligen zu können“, sei die Gendarmerie und Grenzpolizei mit Karabinern, die restliche Polizei mit Pistolen und Revolvern auszustatten.

Freilich war die Berliner Polizei 1945 nicht nur gegenüber bewaffneten Felddieben hilflos. Über die schlimmsten Vergehen, die sich in den ersten Monaten nach der Bildung der neuen Stadtpolizei ereigneten, enthält das überlieferte Polizeischriftgut aus dem ehemaligen Volkspolizeiarchiv praktisch keine Angaben. Gegen die Übergriffe, unter denen die weibliche Zivilbevölkerung nach dem Einmarsch der Roten Armee zu leiden hatte, gab es für die Polizei keinerlei Handlungsspielraum.³⁴

In dem Archivgut des Markgraf-Präsidiums finden sich zahlreiche Mitteilungen aus Polizeirevieren, mit denen Übergriffe von alliierterem Militärpersonal auf Polizeiangehörige gemeldet wurden. So berichtete etwa das Reinickendorfer Revier über die Nacht des 4. August 1945, daß ein betrunkenener russischer Soldat „unter ständigem Verlangen nach ‚deutsche Frau und deutsche Uhr‘ auch nach seiner behutsamen Gewahrsamnahme durch Polizeianwärter auf dem Revier“ weiter getobt habe. Die um Hilfe gebetenen englischen Streife habe sich offenbar nicht einmischen wollen und sei weitergefahren. Aus anderen Revieren gingen Informationen über den Diebstahl von dienstlich genutzten Fahrrädern, den Raub von Armbanduhren, Einbrüche in Reviere oder die Wegnahme von Geld ein. Am 5. August 1945 brachen russische Soldaten in die Hauptbekleidungskammer der Berliner Polizei in der Hannoverschen Str. 28 ein und entwendeten 41 Kammgarnhosen, zwanzig graue Hosen, 84,7 Meter Tarnstoff sowie 7,8 Meter justizgrünen Stoff. Am 28. August 1945 erschienen gegen 22 Uhr betrunkene Soldaten der Roten Armee auf dem 292. Revier in Reinickendorf und verlangten Alkohol. „Als man ihnen den Wunsch nicht erfüllte, wurden sie tätlich, schlugen mit dem Stuhl und verließen nach ¼ stündiger Randalierung das Revier.“ Der Versuch, umgehend französische Polizei zu benachrichtigen, sei fehlgeschlagen. „In kürzester Frist war dies der 3. Zwischenfall mit Angehörigen der Roten Armee, sodaß man annehmen könnte, es läge eine gewisse Absicht vor, daß man mit erneuten Überfällen rechnen muß.“³⁵ Die Polizeiinspektion Köpenick sprach später in ihren Lageberichten gar von „Banditen in russischer Uniform“, die dort sogar

33 Polizeiinspektion Pankow: Bericht von der ersten geschlossenen Zusammenkunft mit dem Militärkommandanten - Pankow und den Angehörigen der Deutschen-Volkspolizei-Pankow, 24. September 1945. LAB, C Rep 303–09, Nr. 1.

34 Vgl. Jahr, Barbara: Die Ereignisse in Zahlen. In: Sander, Helke/Jahr, Barbara (Hrsg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. München 1992, S. 54 f.

35 Vgl. Tägliche Ergebnismeldung aus den Revieren vom August 1945 ff. LAB, C Rep 303–09, Nr. 20.

unter Beteiligung von Offizieren ihr Unwesen getrieben hätten.³⁶ Nur vereinzelt liegen Meldungen zu Übergriffen westallierter Soldaten vor. So verprügelten amerikanische Soldaten im Tiergarten ebenfalls im August 1945 einen Polizeianwärter und spielten mit seinem Tschako Fußball.³⁷ Soweit zu den bedrückenden Rahmenbedingungen, unter denen die damaligen Verantwortungsträger den Aufbau der Nachkriegspolizei begannen, ohne Möglichkeiten, Verbrechen im Stadtraum unterbinden, geschweige denn für deren Ahndung Sorge tragen zu können.

Zur Vervollständigung des Lagebildes aus der Zeit des Neuaufbaus der Berliner Polizei trägt aus anderer Perspektive die bereits oben zitierte Wahrnehmung des späteren West-Berliner Polizeipräsidenten Johannes Stumm bei, der die Entwicklung von Beginn an im Polizeipräsidium als Stellvertreter des Polizeipräsidenten miterlebt und mitgestaltet hat. „Praktisch gesehen“, bestand laut Stumm, „wochenlang überhaupt keine Polizei-Organisation! Ein seltsames Treiben herrschte in den Revieren. Nicht für Ruhe, Sicherheit und Ordnung sorgten die kommunistischen Haufen. Sie ‚organisierten‘ vielmehr alles, was zur Lebensführung notwendig war. Mancher Raum der Polizeiunterkünfte war voll angefüllt mit Waren aller Art.“ Der Personalchef im neuen Polizeipräsidium war, wie sich bald herausstellte, ein früherer Zuhälter, „der sich unter dem Namen seiner Freundin eingeschlichen“ hatte. Stumm sorgte wegen Amtsvergehens für seine Entlassung. Gegen andere Kriminelle, die sich in den neuen Polizeiapparat eingeschlichen hatten, konnte nicht vorgegangen werden. „So mancher Kriminelle war den Sowjets angenehm und wichtig!“ Während Stumm nach eigener Darstellung versuchte, „alles daran zu setzen, sich und seine Getreuen zu Schutz-Männern einer wieder freien Stadt Berlin zu machen“, habe Polizeipräsident Markgraf die von der sowjetischen Besatzungsmacht und deutschen Kommunisten forcierte Entwicklung mit befördert. „Er muß folgen, sonst wird er ‚gesäubert‘. Auch den Menschenraub muß er zulassen! Also – ein Polizeipräsident, der gezwungen ist, sich polizeiwidrig zu verhalten.“³⁸

Im ersten Band der *Geschichte der Deutschen Volkspolizei* (zweite Auflage von 1987) wurden die politischen Zugriffe, mit denen die KPD 1945 ihre Vorstellungen in der Polizei durchzusetzen suchte, recht unverblümt beschrieben. „Die KPD“, heißt es da, habe „in Durchsetzung ihrer Konzeption zur Schaffung einer neuen, antifaschistischen Polizei und zur Sicherung des proletarischen Charakters dieser Polizei“ vor allem „kampferfahrene und bewährte Mitglieder der KPD mit der Arbeit in der Polizei, vor allem mit der Ausübung von Kommandofunktionen“ betraut. „Es ging darum, den Kern der neuen Polizei aus Kommunisten und anderen Antifaschisten zu bilden, die in den vorangegangenen Klassenschlachten, besonders in den bewaffneten Kämpfen der Arbeiterklasse und im Widerstandskampf gegen den Faschismus, hohe politische Reife und klare parteiliche Haltung bewiesen, als Interbrigadisten im Kampf um Spaniens Freiheit oder im Kampf gegen den deutschen Faschismus an der Seite der Sowjetarmee gelernt hatten, wie die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht führen muß.“³⁹ In dieser *Geschichte der*

36 Vgl. Polizeiinspektion Köpenick: Täglicher Tätigkeitsbericht an die Militärkommandantur des Bezirks. LAB, C Rep 303–09, Nr. 23.

37 Vgl. Tägliche Ergebnismeldung aus den Revieren vom August 1945 ff. LAB, C Rep 303–09, Nr. 20.

38 Stumm, Johannes: Der Polizeipräsident in Berlin: Die Berliner Polizei, Manuskript 1953. LAB, E Rep 200–25, Nr. 250.

39 Ministerium des Inneren, Kommission zur Erforschung und Ausarbeitung der Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Redaktion Friedrich Dickel (Leiter) u. a., Aus- bzw. Überarbeitung der Kapitel erfolgte durch Oberstleutnant der VP Dr. Werner Byszio, Oberstleutnant Dr. Joachim Sommerfeld, Hauptmann der VP Dr. Bärbel Schönefeld: Zweite überarbeitete Auflage der Geschichte der Deutschen Volkspolizei. Band I 1945–1961, Berlin 1987, S. 13.

Deutschen Volkspolizei wird die Bezeichnung „Volkspolizei“ für die sowjetische Besatzungszone und Ost-Berlin schon von Ende 1945 an verwendet. Die von der sowjetischen Besatzungsmacht mit Befehl vom 30. Juli 1946 gebildete Deutsche Verwaltung des Inneren (DVdI) – Präsident Erich Reschke (KPD), Vizepräsident Erich Mielke (KPD) – gab ab März 1948 eine „Zeitschrift für das gesamte Polizeiwesen“ heraus, die den Namen *Die Volkspolizei* führte. Die abschließende offizielle Namensgebung erfolgte mit Befehl Nr. 41 des Präsidenten der DVdI am 12. Mai 1949. Mit diesem Befehl wurde zugleich unter Berufung auf die Anordnung des sowjetischen Stadtkommandanten Berlins vom 12. Mai 1945 die „Gründung der Volkspolizei“ auf den 1. Juni 1945 vorverlegt.⁴⁰

Bald nachdem die Westalliierten im Juli 1945 in Berlin eingerückt waren und die vereinbarten Institutionen des Viermächtesystem (Kontrollrat und alliierte Militärkommandantur) ihre Arbeit aufgenommen hatten, verschärfte sich die Auseinandersetzungen um Fragen der Polizeiorganisation. Im Polizeipräsidium registrierte man sehr schnell, daß die Westalliierten andere Vorstellungen über polizeiliche Organisation und Aufgaben durchzusetzen begannen. Polizeipräsident Markgraf forderte am 30. Juli 1945 alle Abteilungen und das Kommando der Schutzpolizei auf, ihm sofort mitzuteilen, welche seiner Anordnungen „durch Maßnahmen der einzelnen Besatzungsmächte unwirksam gemacht, aufgehoben oder durchkreuzt worden sind“.⁴¹

Das Vorgehen der Westalliierten beunruhigte die kommunistischen Magistratsmitglieder außerordentlich. Karl Maron, Arthur Pieck und Hans Jendretzki verfaßten im September 1945 ein Memorandum für die sowjetische Kommandantur, in dem sie ihre Sorge über die seit dem Eintreffen der Westalliierten eingeleiteten Veränderungen zum Ausdruck brachten: „Die Entwicklung der letzten Wochen und die augenblickliche Lage in Berlin geben den kommunistischen Magistratsmitgliedern Anlaß, einige wichtige Tatsachen zu unterbreiten. Die Arbeit des Magistrats stößt seit einiger Zeit besonders dadurch auf große Schwierigkeiten, daß in Berlin in 4 Besatzungszonen geteilt wurde“ und in jedem Sektor von den Besatzungsmächten unterschiedlich verfahren werde. „Beschlüsse des Berliner Magistrats, die seinerzeit von der russischen Kommandantur genehmigt wurden, werden heute in der englischen und amerikanischen Zone unbeachtet gelassen oder umgestoßen, wobei den Bezirksbürgermeistern sogar mit Verhaftung und Bestrafung gedroht wird, wenn sie Beschlüsse des Magistrats durchzuführen versuchen. Dazu kommt, daß sich in dieser an sich schwierigen Situation in der letzten Zeit immer deutlicher ein organisierter Feldzug gegen die Kommunisten im Berliner Magistrat und vor allem in den Verwaltungsbezirken abzeichnet. Es handelt sich offensichtlich um den Beginn eines Kampfes mit dem Ziel, die Kommunisten zu diffamieren und aus dem Verwaltungsapparat zu entfernen, wobei eine Unterstützung seitens deutscher politischer Kreise, von der Christlich-Demokratischen-Union angefangen bis zur Sozialdemokratischen Partei, ebenfalls immer deutlicher in Erscheinung tritt.“ Es folgen Einzelbeispiele zu „Maßnahmen gegen die führenden Kommunisten in den Verwaltungsbezirken“ wie die Verhaftung des kommunistischen Bezirksbürgermeisters von Tiergarten, Fritz Bachmann (KPD), durch die englische Militärpolizei. Ihm wurde vorgeworfen, Anordnungen der Militärregierung nicht befolgt, Waffen im Rathaus gelagert und bei der Nahrungsmittelverteilung versagt zu haben. Bachmann persönlich sei Korruption, Bestechlichkeit und Selbstbereicherung vorgeworfen worden. CDU und SPD seien an der Zusammen-

40 Vgl. ebd. S. 141.

41 Der Polizeipräsident in Berlin: Schreiben vom 30. Juli 1945 betr. Behandlung grundsätzlicher Verfügungen, Anordnungen usw. des Polizeipräsidenten durch die Besatzungsmächte. LAB, C Rep: 303-09, Nr. 2.

stellung der Vorwürfe „nicht unbeteiligt“ gewesen. „Von Seiten der russischen Offiziere, die seinerzeit der Bezirkskommandantur angehörten, wird dagegen Bachmann das beste Zeugnis ausgestellt. [...] Abgesehen davon, was später von Seiten der Partei über Bachmann beschlossen wird, halten wir es in der gegenwärtigen Situation für unbedingt notwendig, für Bachmann einzutreten und es nicht zu einer Verurteilung durch das englische Militärgericht kommen zu lassen.“ Es sei außerdem nicht angebracht, „daß russische Offiziere vor einem englischen Militärgericht erscheinen“, um sich „wegen ihrer Handlungen bei der Eroberung und späteren Besetzung Berlins von englischen Offizieren vernehmen“ zu lassen. „Im Bezirk Steglitz wurde Bürgermeister Starke (KPD) vom amerikanischen Bezirkskommandanten am 23. Juli abgesetzt.“ Proteste des Magistrats dagegen seien erfolglos geblieben. In Zehlendorf sei der Erste Stellvertreter des Bürgermeisters und Leiter der Personalabteilung, der Kommunist Dr. Erdmann, ebenfalls abgesetzt worden. Gründe für die Entlassung seien nicht genannt worden.

Weiter monierten die drei Magistratsmitglieder, daß seit dem 20. August, seit der amerikanische Kommandant die Führung der Kommandantur übernahm, nur eine von zwanzig wichtigen Verordnungen des Magistrats bestätigt worden ist. „Auf diese Weise wird die Arbeit des Magistrats, der von anderen politischen Parteien bewußt als kommunistisch geführt hingestellt wird, politisch desavouiert.“ Verschiedene kommunistische Magistratsmitglieder seien wiederholt zu englischen und amerikanischen Dienststellen gerufen worden und nach ihrer politischen Vergangenheit befragt worden. „Was sie in Rußland gemacht haben, wie sie nach Berlin gekommen sind, wer sie eingestellt hat, über ihr Verhältnis zu den Russen usw.“ Ein amerikanischer Kapitän Duke habe außerdem von Hans Jendretzky wissen wollen, „ob er auf Grund besonderer Kenntnisse und Fähigkeiten eingesetzt worden“ sei und „nach welchen Gesichtspunkten die unteren Ämter besetzt werden“. Der englische Brigadegeneral Hinde habe ihn gefragt, „ob er nicht gleichermaßen Beschwerden über den russischen Sektor wie über den englischen Sektor hätte“.

Außerdem wurde in dem Memorandum den englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden eine „Tolerierung der Nazis“ vorgeworfen. Gemeint war, daß dem Beschluß des Magistrats vom 9. Juli 1945, ehemaligen NSDAP-Mitgliedern nur noch die niedrigste Lebensmittelkarte zuzugestehen, widersprochen wurde. Die englischen und amerikanischen Bezirkskommandanten hätten angeordnet, „den Nazis die gleiche Lebensmittelkarten auszuhändigen wie der übrigen Bevölkerung“. Nazis würden sogar auf Beschwerde wieder in ihre alten Wohnungen eingewiesen, aus denen sie ausziehen mußten, um ehemaligen KZ-Häftlingen Platz zu machen. Der englische Kommandant habe sogar angeordnet, daß Nazis in Wilmersdorf ihre Parzellen im Kleingärtnerverein zurückerhalten. Im Mai 1945 war sämtlichen NSDAP-Mitgliedern dort die Mitgliedschaft gekündigt worden. Dies geschehe, da nach Meinung des englischen Kommandanten „ein normaler PG nicht schlechter gestellt werden darf als irgend ein anderer Staatsbürger“.

Besonders beklagt wurden auch die verstärkten Angriffe bürgerlicher Kreise gegen den angeblich kommunistischen Magistrat. Die CDU habe in der *Neuen Zeit* bereits „in verschleierte Form darauf hingewiesen“, daß „der von den sowjetischen Besatzungsbehörden eingesetzte Magistrat nur ein Provisorium sei und nach einer bestimmten Übergangszeit verschwinden müsse“. Unter Schlußfolgerungen hieß es dann: „Bei weiterer Entwicklung in der sich deutlich abzeichnenden Richtung muß die Lage der Kommunisten im Berliner Magistrat immer schwieriger und unhaltbarer werden. Sie geraten in Gefahr, völlig isoliert zu werden und das Vertrauen der Massen zu verlieren.“ Kritisiert wurde auch, daß ein Vertreter der russischen Kommandantur die Haltung der



Abb. 2: Auszählung der ersten freien Berliner Wahl am 20. Oktober 1946. Mit Stehkragen: Oberbürgermeister Arthur Werner, links von ihm Arthur Pieck. Urheber unbekannt.

Amerikaner in der Frage der Lebensmittelkartenzuteilung für Nazis für richtig erklärte. Vorgesprochen wurde, eine Stärkung der Magistratsposition durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und vorsichtige Kritik an Engländern und Amerikanern wegen „der Unterstützung der Nazis“.⁴² Die Hinweise auf eine „Unterstützung der Nazis“ durch die westalliierten Besatzungsmächte entbehrten jeder Realität. Maron, Pieck und Jendretzki erwarteten vermutlich von solchen Behauptungen, daß sie so ein stärkeres Engagement der sowjetischen Besatzungsmacht zugunsten des Magistrats und seines Einflusses auf den Gang der Dinge in Berlin befördern könnten.

Wer kontrolliert die Berliner Polizei?

Als Folge der ersten – und bis 1990 letzten – freien Wahl im Berlin der Nachkriegszeit, die am 20. Oktober 1946 stattfand, veränderte sich die politische Konstellation in der Berliner Stadtverwaltung im von Maron, Pieck und Jendretzky befürchteten Sinne grundlegend. Die SED errang bei einer Wahlbeteiligung von 92,3 Prozent nur 26 von 130 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung. Auf der ersten Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung wurde Otto Suhr (SPD) einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, und auf der zweiten Sitzung Otto Ostrowski (SPD) einstimmig zum neuen Oberbürgermeister Groß-Berlins. Bei der Wahl des stellvertretenden Oberbürgermeisters Ferdinand Friedensburg (CDU) am 28. November 1946 enthielten sich die Stadtverordneten der SED.⁴³ Friedensburg, der Anfang der zwanziger Jahren zeitweise Vizepräsident der

42 Maron, Karl/Pieck, Arthur/Jendretzki, Hans: Bericht über die Entwicklung der politischen Lage in Berlin, undatiert, dem Inhalt nach vom September 1945. SAPMO-BArch, NY 4099/1.

43 Vgl. Protokolle der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Gross-Berlin (Dienstag, dem 16. Nov. 1946) und folgende Sitzungen. LAB, C Rep. 001, Nr. 93.

Berliner Polizei war, übernahm im neugewählten Magistrat die bis dahin von Karl Maron (SED) wahrgenommene Zuständigkeit für die Polizei.

Zwei Monate danach, im Januar 1947 erreichten die Kontroversen über die parlamentarische Kontrolle der Berliner Polizei einen ersten Höhepunkt. Oberbürgermeister Ostrowski wies zum Beginn der 8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung darauf hin, daß Berlin nach der Beseitigung Preußens staatsrechtlich ein neues Berlin geworden sei und sich als selbständiger Gliedstaat in den deutschen Gesamtstaat einfügen werde. Franz Neumann (SPD) unterzog im Verlauf der Debatte „die Zustände bei der Polizei einer scharfen Kritik. Das Vertrauen zur Polizei ist erschüttert. Notwendig ist, daß in der demokratischen Polizei auch ein Demokrat an der Spitze steht.“ Die Kritik Neumanns war durch das Verhalten des Polizeipräsidenten ausgelöst worden, der sich seit den Neuwahlen einer Kontrolle durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung entzog. Obgleich aus dem Befehl des sowjetischen Militärkommandanten Bersarin vom 25. Mai 1945, mit dem die Einsetzung Markgrafs als Berliner Polizeipräsident verkündet wurde, eindeutig hervorgeht, daß es die „Selbstverwaltung der Stadt Berlin“ war, die mit der Bildung einer Stadtpolizei, einer Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaft betraut wurde und obgleich er selbst durch seine Unterschrift am 14. Dezember 1945 seine dienstliche Verantwortlichkeit gegenüber dem Magistrat bestätigt hatte,⁴⁴ weigerte sich Markgraf gegenüber dem politisch verantwortlichen Magistratsmitglied Ferdinand Friedensburg wie auch gegenüber der Stadtverordnetenversammlung Rechenschaft über die Tätigkeit der Berliner Polizei abzulegen. Im Mittelpunkt der Nachfragen und kritischen Auseinandersetzungen stand in dieser Zeit das Verhalten der Polizei in zahlreichen zur Anzeige gebrachten Fällen von „verschwundenen“ Berlinern.

Die Kontroverse darüber stand in den folgenden Monaten immer wieder auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Am 11. November 1947 kam es schließlich zum Eklat, nachdem am 2. November der Journalist Dieter Friede, Mitarbeiter der Tageszeitung *Der Abend*, spurlos verschwunden war. Zeugenaussagen zufolge war er durch einen Anruf in den Ost-Sektor der Stadt gelockt worden, aus dem er nicht mehr zurückkehrte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 12. Juni einstimmig, also mit den Stimmen der SED, beschlossen, der Magistrat möge über die Alliierte Kommandantur den Kontrollrat bitten, die Namen aller Zivilpersonen, die sich in Gewahrsam einer Besatzungsmacht befinden, bekanntzugeben und einen Schriftverkehr dieser Personen mit ihren Angehörigen zu genehmigen. Sollte sich herausstellen, daß die Betroffenen zu Tode gekommen seien, sollten die Angehörigen informiert werden. Stadtverordnetenvorsteher Otto Suhr erklärte, daß keiner dieser Punkte verwirklicht wurde.

Der SPD-Abgeordnete Lehnert gab in der Stadtverordnetenversammlung folgende Zahlen bekannt: Unter den 5 413 festgenommenen und verschwundenen Personen seien 1 255 Jugendliche, 1 203 Parteilose und 2 829 NSDAP-Mitglieder gewesen. Lehnerts Zahlen ergaben sich aus den Mitteilungen von Verwandten, die ihre vermißten Angehörigen, einem Aufruf der Berliner SPD folgend, gemeldet hatten. Lehnert sagte bei der Präsentation der Erhebung: „Hinter uns liegen Jahre, wo Recht Unrecht wurde, und

44 Vgl. das von Karl Maron, Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters, und Paul Markgraf unterzeichnete Dokument über die Unterstellung des Polizeipräsidenten vom 14. Dezember 1945 in LAB, C Rep. 303–09, Nr. 1. Allerdings kannte dieses in den Arbeitsakten von Paul Markgraf aufbewahrte Dokument mit Ausnahme von Karl Maron keiner der Stadtverordneten. Aber auch in den einschlägigen Geschichtsdarstellungen jüngerer Zeit wird erstaunlicherweise darauf nicht Bezug genommen. Allerdings vertrat Maron selbst noch im Januar 1948 vor den Berliner Stadtverordneten die Auffassung, es könne keinen Zweifel daran geben, daß der Polizeipräsidenten dem Magistrat unterstellt sei.

wo Unrecht zum Recht erhoben wurde. Unsere Aufgabe, die breiten Massen des Volkes ideologisch zu begeistern und sie für den neuen Staat, für das neue demokratische Deutschland reif und mobil zu machen, trägt ja auch die Verpflichtung in sich, und zwar die Verpflichtung, Hüter und Wahrer des Rechts und der Ordnung zu sein. In weiten Kreisen erleben wir ja wohl auch die Tatsache, daß Meinungen kursieren und Meinungen zum Besten gebracht werden, die nicht immer dem Geist einer neuen Zeit entsprechen. Das sind Meinungen, die dahin gehen, daß sie unter Hitler besser gelebt hätten.“ Es gehe nicht an, daß Personen, die „im Vordergrund des politischen Lebens stehen, heute wieder zum Freiwild werden, was an Zeiten erinnert, wo wir nicht wußten, wenn es klingelt, ob nicht jemand draußen stand, der uns abholen wollte“.⁴⁵

Bürgermeister Dr. Friedensburg verteidigte die Polizei gegen die Vorwürfe, sie sei erst zwei Tage nach der Vermißanzeige im Fall Friede tätig geworden.⁴⁶ Dies sei polizeiliche Praxis, da als vermißt gemeldete Personen häufig nach einem oder zwei Tagen wieder auftauchten. Gegen Zwischenrufe erklärte Friedensburg, diese Praxis der Polizei sei berechtigt, angesichts von monatlich 150 bis 250 Vermißanzeigen. 90 Prozent davon würden aufgeklärt, die Hälfte, weil die Vermißten sich wieder meldeten, die andere Hälfte durch die Kriminalpolizei. Man müsse bedenken, daß durch den allgemeinen „Zug nach Westen“ viele Menschen Berlin verließen, ohne sich abzumelden. Man solle sich über den Zustand im Lande grämen und überlegen, wie man diesen Zustand ändern könne, statt Vorwürfe gegen einzelne Dienststellen oder Personen zu erheben. Ein Zuruf forderte, den Polizeipräsidenten abzusetzen. Friedensburg wies sodann darauf hin, daß nach der Rechtslage „der jämmerliche Zustand unseres Landes und unseres Volkes“ bestehe, „daß wir gegenüber den Besatzungsmächten keinerlei Rechte haben“. Das deutsche Volk befinde sich noch im Zustand der Ächtung, „im Zustand des Outlaws, des Gesetzlosen, des Menschen, der kein Gesetz zu seinem Schutz hat“. Unter Bezugnahme auf die Haager Landkriegsordnung sagte er, in Deutschland sei eine „unmittelbare Kriegsnotwendigkeit“ nicht mehr gegeben, „so daß Kriegshandlungen dieser Art auch nach unserer rechtlichen Überzeugung ungesetzlich, unrechtmäßig sind und uns gegenüber nicht angewandt werden dürfen“. Es müsse mit allem Nachdruck verlangt werden, „daß Deutschland endlich aus dem Zustand der Rechtsunsicherheit herauskommt“. Friedensburg forderte weiter, daß für die Deutschen auch vor dem Abschluß eines Friedensvertrages die allgemeinen Menschenrechte gelten müssen.

Franz Neumann (SPD) kritisierte Friedensburg als das für die Polizei zuständige Magistratsmitglied, weil er die Umstände des Verschwindens von Friede nicht deutlich benannt hatte. Friede sei von einem Sektor in den anderen gelockt worden. Mitglieder der SED riefen hier „Woher wissen Sie das?“ in den Saal. Neumann beanstandete, „daß die Polizei bei der Beurteilung und bei der Verfolgung des Verschwindens des Journalisten Friede schmäählich versagt hat“. Er müsse sich wundern, daß Friedensburg als zeitweiliger Vizepräsident der Berliner Polizei in den zwanziger Jahren sich auf die alten Zeiten berufe. Immerhin sei im Juli 1945 der Kommandant der Schutzpolizei „aus dem Zimmer des Berliner Polizeipräsidenten“ verschwunden, ein Mann, der „jahrelang unter dem faschistischen System im Zuchthaus und Konzentrationslager saß“ und bis heute

45 Dies und die folgenden Zitate finden sich unter: Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, 47. ordentliche Sitzung vom 13. November 1947. Debatte über den Dringlichkeitsantrag, betreffend Rechtsunsicherheit in Berlin durch das Verschwinden von Menschen. LAB, C Rep. 001 Nr. 47.

46 Vgl. zu den Debatten in der Stadtverordnetenversammlung über den Fall Friede und die Folgen Kai Cornelius: Vom spurlosen Verschwindenlassen zur Benachrichtigungspflicht bei Festnahmen. Berlin 2006, S. 202 ff.

nicht wieder aufgetaucht. Zur Frage der Benachrichtigung von Angehörigen sagte Neumann: „Wir alle, die wir in den Jahren des Faschismus gelitten haben, wissen, daß wir in den Gefängnissen, Zuchthäusern und KZs die Möglichkeit hatten, Nachrichten an die Angehörigen zu geben. Wenn auch nicht immer in normalen Zeitabstand Nachrichten gegeben werden konnten, so bestand doch immerhin die Möglichkeit.“ Jetzt müsse man erleben, „daß Tausende von Berlinern verschwunden sind und nicht die Möglichkeit haben, dieses Recht, das selbst der Faschismus noch gewährte, wahrzunehmen“. Neumann kam dann zu dem Fall eines Polizeibeamten, der aus dem „russischen Sektor“ geflohen sei. Der Sozialdemokrat Heinz Grabow sei als Gewerkschafter der Polizei in Friedrichshagen in Schwierigkeiten geraten. Polizeiinspektor Jaenicke aus Köpenick, „der frühere Leiter des Rotfrontkämpferbundes“, habe ihm in einer Dienstbesprechung gedroht. Man werde ihn von jeder Beförderung ausschließen, wenn er seine Aktivitäten nicht einstelle. Grabow wurde kurz danach zu einer Unterredung auf die Inspektion bestellt, dort von zwei „Herren vom Kommando der Besatzungsmacht“ in Empfang genommen und in die Luisenstraße gebracht. Nach siebenstündiger Vernehmung habe er ein Schuldbekentnis in russischer Sprache, der er nicht mächtig war, unterschreiben müssen, „daß seine gesamte Arbeit in der Polizeiinspektion Köpenick gegen den demokratischen Neuaufbau Deutschlands gerichtet sei und damit eine Gefahr für die Besatzungsmacht darstelle“. An dieser Stelle wurden Gegenrufe von der SED und Karl Maron laut. Danach habe er sich verpflichten sollen, einen Verbindungsoffizier der Besatzungsmacht, über SPD-Versammlungen, nach Möglichkeit über Funktionärsversammlungen zu unterrichten. An Maron gewandt erklärte Neumann, es gebe SED-Mitglieder, die laufend im Auftrag der „russischen Kommandantur, mit dem Ausweis der russischen Kommandantur in interne SPD-Versammlungen kommen und dort Stenogramme aufnehmen müssen“. Die Namen von diesen SED-Mitgliedern seien kürzlich im *Sozialdemokrat* veröffentlicht worden. Neumann griff den Polizeipräsidenten an, da sich unter seiner Verantwortung solche Vorfälle wie in Köpenick ereigneten. „Es scheint uns, daß der Polizeipräsident nicht der geeignete Mann ist, der die Berliner Polizei organisatorisch auf den Stand bringen kann, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen ist.“ Es habe trotz der Nachkriegsverhältnisse die Möglichkeit gegeben, „die Polizei Berlins in den alten Stand zu versetzen, um wieder Verbrechen in der Stadt zu verhindern und zu verhüten, daß die Dinge Schule machen, wie wir sie jetzt seit 1945 haben. Wir als Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß in der Zeit der Tätigkeit des Herrn Polizeipräsidenten Markgraf nicht die Gewähr gegeben worden ist, daß er in der Lage ist, seinen Posten so auszuüben, wie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung es verlangen muß.“ Neumann stellte sodann den Antrag, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Polizeipräsidenten das Mißtrauen ausspreche.

Landsberg (CDU) sagte im Namen seiner Fraktion, „daß wir der Darstellung des Herrn Bürgermeisters Dr. Friedensburg über die Situation unter gar keinen Umständen zustimmen können“. Bürgermeister Friedensburg habe wohl als Vorgesetzter seine nachgeordneten Beamten in Schutz nehmen wollen. „Wir bedauern, daß die Polizei in Berlin, die so tut, als ob sie eine Volkspolizei wäre, sich wesentlich anders verhält, als sich die alte und zwar republikanische Volkspolizei unter den Polizeipräsidenten, zu denen auch Dr. Friedensburg gehört hat, in der Weimarer Zeit dem Volk gegenüber benommen hat.“ Landsberg wandte sich dann gegen Friedensburgs Interpretation, die Berliner seien gegenüber den Besatzungsmächten „rechtlose Sklaven“. Zum Fall Friede erklärte Landsberg: „Berlin ist doch nicht Schanghai, wo derartige Dinge passieren“. Die „gemütliche Art“, mit der die Vermißbenanzeige überhaupt aufgenommen wurde, sei nicht akzeptabel.

Empörend sei auch die Berichterstattung der im sowjetischen Sektor erscheinenden Blätter, die geschrieben hatten, vielleicht sitze Friede irgendwo mit seiner Freundin im Park.

Friedensburg verteidigte seine Position. Er wies darauf hin, daß die Polizei nicht so einseitig ausgerichtet sei, wie es suggeriert werde. Der Stellvertretende Polizeipräsident und der Kommandeur der Schutzpolizei seien Parteifreunde von Neumann. Bei den Wahlen zum Betriebsrat sei die SPD als stärkste Vertretung hervorgegangen. Friedensburg verteidigte den Polizeipräsidenten, der „in glücklicher Auslese“, auf Unmut dann „mühseliger Auslese“ 10 000 Polizeiangehörige „eliminiert und durch bessere Kräfte ersetzt“ habe. Es gebe noch immer 1 000 Fehlstellen bei der Polizei. Die Polizeiverwaltung habe immer noch mit „ungewöhnlichen Personalschwierigkeiten“ zu kämpfen. Friedensburg beklagte die allgemeine Lage der Polizei. Noch immer würden Polizeibeamte von Organen der Besatzungsmächte verhaftet, ohne daß er als zuständiger Bürgermeister Aufklärung erhalte, warum. Er selbst habe einen Fall untersucht, in dem die Polizei im Auftrag einer Besatzungsmacht eine Frau habe festnehmen müssen, obwohl dies „vollständig gesetzwidrig“ war. Es habe sich nicht um die Besatzungsmacht gehandelt, die Gegenstand der Diskussion war. Friedensburg sprach weiter von einer „ungeheuer schwierigen und ungünstigen Lage“, in der sich die Berliner Polizei befinde.

Otto Winzer (SED) versuchte die Angelegenheit herunterzuspielen, indem er auf den Fall Hanns Hartmanns verwies, der von einigen Zeitungen zunächst als vermißt gemeldet wurde, aber dann in Köln als Rundfunkintendant wieder auftauchte.⁴⁷ Winzer griff sodann den *Abend* an, „dieses Blättchen, das zwar den deutschen Titel ‚Der Abend‘ trägt, aber sonst sehr wenig deutsch ist“. Die Zeitung sei „zugleich Sprachrohr einer Kampagne, die in letzter Zeit auf ziemlich hohen Befehl in Deutschland begonnen hat. Es ist die antidemokratische, im offiziellen Sprachgebrauch würde man sagen, antikomunistische Propagandaoffensive, bei der man nach der Meinung eines gewissen, sehr hoch gestellten Herren endlich die Glacéhandschuhe ausziehen müßte.“ Der Fall Friede sei „ein Element dieser offiziell begonnenen Propagandaoffensive“. In dieser Kampagne spielten „Verschwundene, die nach einer gewissen Zeit wohlbehalten in ihrem Heim wieder auftauchen, eine ganz besondere Rolle“. Einige Stadtverordnete unterbrachen Winzer durch „Wo bleibt Heinrich?“-Zurufe. Der Fall Friede habe sich „konkret doch nur im amerikanischen Sektor“ abgespielt. Winzer bezog sich sodann auf den Mißtrauensantrag und verwies auf Stumm und Kanig, die dann ebenfalls gehen müßten und auf zwölf von zwanzig Inspektionsleitern, die Sozialdemokraten seien. Denen müsse man dann auch das Mißtrauen aussprechen. (Starke Unruhe, Pfeifen von der Tribüne, Beifall bei der SED). Mitglieder der SED-Fraktion riefen „Quislinge“ und wurden dafür mit einer Rüge des Vorsitzenden Otto Suhr bedacht.

Ella Barowsky (LDP) stellte den Antrag, eine Untersuchung gegen die leitenden Beamten der Polizei einzuleiten, um festzustellen, ob Versäumnisse bei der Suche nach Vermißten vorgekommen seien. Der Mißtrauensantrag Neumanns gegen den Polizeipräsidenten wurde mit Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag von Barowsky. Die Stadtverordnetenversammlung erneuerte im Zusammenhang mit dem Fall Friede ihren Auftrag an den Magistrat, gegenüber den Alliierten die drei Forderungen vom 12. Juni

47 Hanns Hartmann (1901–1972) wurde 1933 von den Nationalsozialisten als Generalintendant des Städtischen Theaters in Chemnitz abgesetzt, da er mit einer Jüdin verheiratet war. Er übernahm 1945 die Leitung des Berliner Metropoltheaters und floh 1946 mit seiner Frau nach Köln. Dort wurde er 1947 Intendant des NWDR-Funkhauses, 1955 wurde er zum ersten Intendant des neu gegründeten WDR gewählt.

vorzutragen und auf deren Erfüllung zu drängen.⁴⁸ Nachdem SMAD und SED zunächst jede Kenntnis über Friedes Verschwinden geleugnet hatten, berichtete die Ost-Berliner Nachrichtenagentur ADN wenig später, der Journalist sei unter dem Verdacht der Spionage festgenommen worden. Danach verlor sich seine Spur. Erst 1955 kehrte Dieter Friede aus dem Arbeitslager Workuta nach West-Berlin zurück.

Über die Frage der Verantwortlichkeit des Polizeipräsidenten gegenüber dem Magistrat debattierte die Stadtverordnetenversammlung erneut am 29. Januar 1948. Im Verlauf der Sitzung äußerte sich Karl Maron, zu diesem Zeitpunkt noch Magistratsmitglied, zum letzten Mal im Sinne seines eigenen Verwaltungshandelns gegenüber dem Polizeipräsidenten, so wie es in dem von Markgraf unterzeichneten Dokument vom 14. Dezember 1945 verbindlich festgeschrieben worden war. „Wir sind der Auffassung“, erklärte Maron, „daß die Polizei dem Berliner Magistrat untersteht, wir sind auch der Auffassung, daß die vorläufige Verfassung in Verbindung mit Art. 36 und in Verbindung mit dem Befehl vom 28. Februar 1947 ganz eindeutig dasselbe sagen, darüber gibt es keinen Zweifel.“⁴⁹ Wenig später hielt die SED diese Rechtsauffassung für überholt. Aber auch schon vorher hatte sie nichts unternommen, um ihr Parteimitglied Paul Markgraf, SED seit 1946, zur Einhaltung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Magistrat zu bewegen.

Eine weitere Zuspitzung löste Polizeipräsident Markgraf selbst am 21. Februar 1948 durch ein Interview mit der *Berliner Zeitung* aus. Dort titulierte er den für die Polizei zuständigen stellvertretenden Bürgermeister Friedensburg als „Sachbearbeiter für das Polizeiwesen beim Magistrat“, dem er jede Befugnis, ihm Anordnungen zu erteilen, absprach. Das Interview führte zu heftigen Reaktionen im Verlauf der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 1948. Otto Suhr eröffnete diese Sitzung mit dem Hinweis, daß genau vor hundert Jahren die Stadtverordnetenversammlung zum ersten Mal zu einem politischen Parlament geworden sei, das sich mit Fragen, die über Berlin hinausgingen, mit Fragen der deutschen Einheit und Freiheit beschäftigt hatte. Suhr rief zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Märzrevolution von 1848 auf. Als Vorlage 673 lag den Stadtverordneten der Tagesordnungspunkt „Nachrichtenübermittlung über die in Gewahrsam der Besatzungsmächte befindlichen Zivilpersonen, über Verschwinden des Journalisten Friede und über disziplinarische Untersuchungen gegen leitende Beamte der Polizei und in Verbindung damit laufende Nr. 19 der Tagesordnung, Drucksache 96, Vorlage 707, über Verhaftung von Studenten“ vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sprach als erste die SPD-Verordnete Annedore Leber, die Witwe des von den Nationalsozialisten hingerichteten Widerstandskämpfers Julius Leber. Sie wies darauf hin, daß „die Verhaftung jener Zahl von Studenten, deren plötzliches Verschwinden in der Bevölkerung eine tiefe Erschütterung hinterließ“, erst ein Jahr zurücklag. Trotz wiederholter Nachfragen gebe es keine Antwort über den Verbleib der Studenten.⁵⁰ Frau Leber berichtete über die Haftbedingungen eines jungen Mannes,

48 Vgl. Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, 47. ordentliche Sitzung vom 13. November 1947, Dringlichkeitsantrag, betreffend Rechtsunsicherheit in Berlin durch das Verschwinden von Menschen. LAB, C Rep. 001 Nr. 47.

49 Zitiert nach LAB, C Rep. 001 Nr. 58, S. 87.

50 Gemeint waren fünfzehn im März 1947 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftete Studenten, darunter Manfred Klein, für die CDU Mitglied des Zentralrats der FDJ, die im Zulassungsbüro der Berliner Universität beschäftigte parteilose Studentin Gerda Rösch sowie der erste Studentensprecher der Berliner Universität Georg Wrazidlo, ein ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald. Rösch, Klein und Wrazidlo wurden vom sowjetischen Militärtribunal Berlin-Lichtenberg wegen Spionage zu jeweils 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Sie kehrten erst 1956 aus DDR-Haft in die Bundesrepublik zurück.

dessen Mutter sich an sie gewandt hatte. Er werde in einem lichtlosen Schacht festgehalten, in dem das Grundwasser stehe. Sie erinnerte an die von Franklin Roosevelt 1941 verkündeten vier Freiheiten – die Freiheit der Rede und Meinung, Freiheit des Glaubens, Freiheit von Furcht, Freiheit von Not –, die alle vier Besatzungsmächte unterschrieben hätten. „Wir haben gewartet, 1945 endlich in jenen Zustand zu geraten, wo wir von Furcht frei sein durften.“ An die SED gewandt sagte sie: „Aber ich möchte sie auch erinnern an jene Zeit, wo wir in höchst gespannter Anteilnahme an dem Geschick Dimitroffs teilnahmen und mit glühender Bewunderung auf ihn sahen wegen seiner so kühnen Haltung einem System gegenüber, das ihm verwehrte, was er heute anderen zu verwehren weiß und damit gegen das Prinzip der Freiheit verstößt, das immer nur da ist, wo es auch der Andersgesonnene genießt. [...] Ich will das, was ich für mich an Freiheit und Recht will, auch für jeden anderen. [...] Meine Herrn Kollegen von der SED, wenn ich das überhaupt noch sagen kann: Was heißt Einheit der Arbeiterklasse? Was heißt ausgestreckte Bruderhand, die bereit ist, morgen die Schlinge um meinen Hals zu legen?“⁵¹ Die Debatte weitete sich sodann zu einer Debatte über die Rolle der Polizei und des Polizeipräsidenten aus. Nunmehr distanzierte sich auch Bürgermeister Friedensburg deutlich vom Polizeipräsidenten.

Während das Verschwinden von Dieter Friede die Öffentlichkeit bewegte, schwelte bereits im Hintergrund die Auseinandersetzung um den ersten, 1945 von Generaloberst Bersarin ernannten Berliner Generalstaatsanwalt Dr. Wilhelm Kühnast, der urplötzlich auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht seines Amtes enthoben worden war. Der Fall Kühnast verschwand später weitgehend aus historischen Darstellungen und fand lediglich am Rande einiger rechtshistorischer Arbeiten über das Berliner Kammergericht noch Erwähnung. Die Vorgänge um Kühnast illustrieren jedoch eindrucksvoll das Agieren der Berliner Polizei in der Phase ihres Auseinanderdriftens in eine Ost- und eine Westpolizei, als die unterschiedlichen alliierten und deutschen Dienststellen immer tiefer gegeneinander ins politische Handgemenge gerieten.

Zwischen den Fronten – Der Fall Dr. Kühnast

Auf Anordnung des britischen Vorsitzenden des Public Safety Committees Oberst Holmes wurde am 29. Mai 1947 Oberstaatsanwalt Dr. Wilhelm Kühnast aus Berlin-Oberschöneweide, zur „Vermeidung einer Inhaftierung“ unter Hausarrest gestellt, seine Post sei zu kontrollieren, sein Telefonanschluß abzuschalten. Wilhelm Kühnast war am 20. Mai 1945 vom sowjetischen Stadtkommandant Generaloberst Bersarin zum Generalstaatsanwalt Berlins ernannt worden.⁵² Der frühere Zivilrichter war ein unbelasteter alter Sozialdemokrat, der sich im Unterschied zu vielen Justizbeamten nach 1933 keiner NS-Organisation angeschlossen hatte. Seine auf sowjetische Intervention erfolgte Amtsenthebung und Festsetzung löste deswegen zunächst erhebliches Erstaunen aus, da zur Begründung lediglich angegeben wurde, es bestünde ein Zusammenhang zur bereits erfolgten Verhaftung von vier Angestellten seines Amtsbereichs. Kühnast durfte in der Folgezeit sein Haus nur in Begleitung von zwei Kriminalbeamten zu „Pflichtspaziergängen“ verlassen. Unterredungen mit zufällig vorbeikommenden Bekannten waren ihm verboten. Zunächst kamen zu seiner Bewachung neun, dann wegen Personalknappheit ab März 1948 sechs Kriminalpolizisten zum Einsatz. Am 24. Juni 1947 schrieb Kühnast

51 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung von Groß Berlin vom 11. März 1948, 58. Ordentliche Sitzung. LAB, C Rep. 001, Nr. 58.

52 Vgl. Scholz, Friedrich: Berlin und seine Justiz. Geschichte des Kammergerichtsbezirks 1945–1990. Berlin/New York 1982, S. 26.

dem Polizeipräsidenten und bat darum, der Alliierten Kommandantur zu übermitteln, daß ihm die Gründe des Hausarrests mitgeteilt würden, einen Verteidiger zu genehmigen und ihn zu vernehmen.

Die überlieferte Akte zum Fall enthält Hunderte von Vermerken in vier Sprachen, wann und in welcher Begleitung Kühnast seine „Pflichtspaziergänge“ gemacht hat, wann nicht, ob es Vorkommnisse gab usw. Seine Bitte etwa, am Kurfürstendamm eine bessere Tabakspfeife kaufen zu dürfen, wurde abgelehnt. Unterzeichnet sind die Vermerke meist von Dr. Stumm. Am 29. August 1947 wurde Kühnast zu einer Vernehmung in die Alliierte Kommandantur gebracht. Am 22. Juli 1948 wurde in einer Dienstanweisung, unterzeichnet von Kriminal-Inspektor Mantey, in neun Punkten festgelegt, wie er zu bewachen sei. In einer Skizze war festgehalten, an welchen Punkten in der Wohnung sich die beiden Posten aufzuhalten hatten, um alle Räume unter Kontrolle zu haben. Postenablösung war um acht und 22 Uhr. Am 31. Juli 1948 hoben die drei Westalliierten den Hausarrest gegen Kühnast auf, da sich die von sowjetischer Seite erhobenen Vorwürfe, er habe Akten des Volksgerichtshofs vernichten lassen, nicht bestätigt hätten. Vielmehr hätten sowjetische Sicherheitsorgane Akten des Volksgerichtshofs weggebracht. Der stellvertretende amerikanische Stadtkommandant erklärte, es sei unzulässig, einen Mann unter Hausarrest zu halten, nachdem sich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als grundlos erwiesen hätten. Ein Sprecher der sowjetischen Zentralkommandantur erklärte die Anordnung der Westalliierten für unrechtmäßig, da die sowjetische Seite daran nicht beteiligt gewesen sei.

Im *Tagesspiegel* vom 1. August 1948 wurden erstmals die tatsächlichen Hintergründe des ein Jahr zuvor von der alliierten Kommandantur auf Betreiben der sowjetischen Seite verhängten Hausarrests erwähnt. Demnach hatte Kühnast nach Hinweisen von älteren sozialdemokratischen Polizeibeamten eine Untersuchung gegen den Vizepräsidenten der Verwaltung des Inneren in der SBZ, Erich Mielke, eingeleitet. Mielke sei verdächtigt, am 9. August 1931 die Polizeibeamten Paul Lenk und Franz Anlauf auf dem Bülowplatz erschossen zu haben.

Am 3. August 1948 glückte Kühnast die Flucht während eines unter Bewachung gemachten Spaziergangs. Kurz hinter der Sektorengrenze warf er sich in der Neuköllner Jupiterstraße zu Boden und rief „Hilfe Menschenräuber!“. Er erhielt von Passanten sofort Unterstützung, als ihn seine beiden Begleiter, die Ost-Berliner Kriminalassistenten Fritz Herzog und Franz Kitscha, wegschleppen wollten. *Der Sozialdemokrat* vom 4. August meldet, daß die beiden danach vom herbeigeeilten Überfallkommando der Inspektion Neukölln festgenommen wurden, da sie bewaffnet waren. Die rasche Reaktion der Passanten, die gemäß allgemeiner Aufrufe handelten, im Falle von Menschenraub sofort das Überfallkommando zu benachrichtigen, habe Kühnast gerettet. *Der Abend* vom gleichen Tage erschien unter der Überschrift „Kühnast frei“. In diesem Artikel wie auch in einem Artikel des *Telegraf* vom 5. August wurden die Hintergründe detaillierter beschrieben. Demnach wollte Kühnast nicht nur gegen Mielke, sondern auch gegen Ulbricht ermitteln, der laut Zeugenaussagen des ebenfalls beteiligten Angehörigen der KPD-Miliz Michael Klause bei der Besprechung im Karl-Liebknecht-Haus zugegen war, auf der Heinz Neumann und Hans Kippenberger den Mord anwiesen.⁵³ Klause hatte laut eigenen Aussagen im Prozeß von 1934 die beiden Täter Mielke und Erich Ziemer selbst auf Geheiß Kippenbergers ausgesucht.

53 Hans Kippenberger (1898–1937) war damals Leiter des illegalen Militärapparats der KPD. Er wurde im Moskauer Exil 1937 ebenso wie Heinz Neumann als „Konterrevolutionär“ erschossen.

Die *Berliner Zeitung* vom 5. August 1948 wiederholte den Vorwurf der gesetzwidrigen Vernichtung von Akten des Volksgerichtshofes durch Kühnast und bezichtigte eine „faschistische Miliz“, die durch Bürgermeister Dr. Friedensburg, Neumann, Dr. Stumm und andere gebildet worden sei, der Entführung Kühnasts aus der Polizeibewachung. Die Vorwürfe gegen die beiden „in ganz Deutschland als bewährte Antifaschisten bekannten Arbeiterfunktionäre Ulbricht und Mielke“ seien von A bis Z erlogen. Kühnast wurde in dem Artikel als „Naziverbrecher“ titulierte. Am 18. August 1948 wurde in Ost-Berlin gemäß Anordnung der Zentralkommandantur „das Kommando Dr. Kühnast zurückgezogen“ und eine Bestandsaufnahme in der Wohnung durchgeführt. Gegen die Kriminalangestellten Herzog und Klitsche wurde ein Dienststrafverfahren eingeleitet. Der Senatspräsident beim Kammergericht Kurt Messow, den Kühnast beschuldigt hatte, die Ermittlungen gegen Mielke und Ulbricht behindert zu haben, erstattete in Ost-Berlin Strafanzeige gegen Kühnast und den Chefredakteur des *Abend Müller-Jabusch*.⁵⁴

Die Amtszeit von Paul Markgraf als Polizeipräsident in Berlin endete am Dienstag, dem 27. Juli 1948. Das Entlassungsschreiben verfaßte Johannes Stumm. Er teilte Markgraf in dem halbseitigen Brief mit, daß Bürgermeister Dr. Friedensburg ihn im Einvernehmen mit der amtierenden Oberbürgermeisterin Schroeder „mit sofortiger Wirkung von Ihren Befugnissen als Polizeipräsident suspendiert“ habe. Zugleich sei er selbst ersucht worden, die Amtsgeschäfte des Polizeipräsidenten zu übernehmen. „Ich ersuche Sie“, schrieb Stumm, „sich ab sofort jeglicher dienstlicher Tätigkeit als Polizeipräsident in Berlin zu enthalten.“ Sollte Markgraf dagegen verstoßen, drohte Stumm, ihn straf- und zivilrechtlich haftbar zu machen. Die Behörde des Polizeipräsidenten in Berlin befände sich ab sofort im Polizeidienstgebäude Friesenstraße Nr. 16.⁵⁵ Am gleichen Tag noch gab Stumm den Amtswechsel im RIAS bekannt. Die zentralen Dienststellen der Polizei befinden sich ab sofort auf dem Gelände der Augusta-Kaserne in Berlin SW 29, Friesenstraße 16, da der bisherige Polizeipräsident sich weigere, seine Amtsgeschäfte niederzulegen.

Markgraf blieb Ost-Berliner Polizeichef bis zur DDR-Gründung. Nach einem Weiterbildungsaufenthalt an einer sowjetischen Militärakademie setzte der Ritterkreuzträger zunächst seine militärische Karriere als Oberst der Nationalen Volksarmee fort, bevor er später als Abteilungsleiter ins Ministerium für Verkehrswesen wechselte. Die West-Berliner Polizei trug nach der Spaltung in der DDR-Propaganda für lange Zeit den Ehrennamen „Stupo“ (Stumm-Polizei). Sie wurde 1990 mit der Volkspolizei wiedervereinigt.

54 Alliierte Kommandantur, Public Safety Committee; Markgraf, Paul; Der Polizeipräsident in Berlin: Schriftverkehr und Unterlagen über den Fall des Oberstaatsanwalts Dr. Wilhelm Kühnast. LAB, C Rep. 303–09, Nr. 62 u. 63.

55 Schreiben von Dr. Johannes Stumm an Paul Markgraf vom 27. Juli 1948 in: LAB, C Rep: 303–09, Nr. 2.